GEW BERLIN
72. (87.) JAHRGANG
MAI 2019

bbz

Berliner Bildungszeitschrift

Übergänge erfolgreich gestalten

LEHRER*INNENBILDUNG
Das Lehramtsstudium in Zeiten des Mangels

SCHULE
Die digitale Herausforderung meistern

RECHT & TARIF
Die Verbeamtung löst nicht das Problem

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum | Leser*innenforum ... 3-5/35

TITEL

Übergänge erfolgreich gestalten *G. Berry* ... 7

Von der Kita in die Schule: Kooperation hilft *Das Interview führte A. Jessa* ... 9

Am Ende der Grundschule beginnt der Kampf *K. Kachelrieß* ... 12

Einblick in die Berufs- und Studienorientierung *U. Schafranski* ... 14

Unterstützung beim Weg an die Hochschule *E. König* ... 16

TENDENZEN

Eine »Reise« nach Deutschland *K. Horst* ... 18

SENIORITA

»Ich wünsche mit laute und selbstbewusste Erzieher*innen« *Das Interview führte D. Haase* ... 19

Kurzmeldungen ... 21

SCHULE

Schulbibliotheken sind das Herz jeder Schule *J. Haase / U. Heller* ... 23

Was es heißt, Lehrkraft im digitalen Zeitalter zu sein *J. Falck* ... 24

Die Ernst-Reuter-Oberschule im Wedding *U. Meuel / K. Will* ... 26

LEHRER*INNENBILDUNG

Der neue Q-Master *Das Interview führten L. Rödel / J. Stiller* ... 28

Viel Bewegung in den Lehramtsstudiengängen *L. Rödel / J. Stiller* ... 30

RECHT & TARIF

Verbeamtung ist nicht die Lösung *U. Mertens* ... 32

INTERNATIONALES

Die Sukuta-Wannsee-Schule in Gambia *A. Harnischfeger* ... 34

SERVICE

Theater | Bücher | Materialien | Aktivitäten ... 36

24 SCHULE Die Kultur der Digitalität ist keine Zukunftsvision. Sie findet bereits statt, genau jetzt und in allen Schulen. Doch droht mit ihr die digitale Spaltung – sowohl bei Lehrkräften als auch bei Lernenden. Joscha Falck, Experte für digitale Bildung in Bayern, beschreibt die smarten Lehrkräfte von morgen sowie die Gefahren und Chancen, denen sie schon heute gegenüberstehen.

28 LEHRER*INNENBILDUNG Der Mangel an Lehrkräften beherrscht die bildungspolitische Debatte und auch die Lehrer*innenausbildung an den Berliner Universitäten. Laura Rödel und Jurik Stiller beschreiben, wie durch eine Umgestaltung der Ausbildung und die Neueinrichtung eines Quereinsteiger*innen-Studiengangs dem Mangel begegnet wird.

32 RECHT & TARIF Um die Frage nach der Verbeamtung von Lehrkräften ist eine heiße Diskussion entbrannt. Sie wird in der Koalition, der GEW und auch in der bbz geführt. Udo Mertens will die Debatte mit Hilfe sachlicher Argumente beruhigen. Aus seiner Sicht löst die Verbeamtung nicht die dringenden Probleme in den Berliner Schulen.

TITELBILD: BERTOLT PRÄCHT OBEN: MONKEY BUSINESS/ADOBESTOCK; MITTE: YAKOBCHUK OLENA/ADOBESTOCK, UNTEN: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

LEUTE

Christina Bauermeister verstärkt ab sofort die Öffentlichkeitsarbeit der GEW BERLIN. In den letzten Jahren hat Christina als Redakteurin der Berliner SPD die alte SPD-Zeitung »Berliner Stimme« zu einem modernen Magazin entwickelt. Bei der GEW wird sie sich künftig vor allem den digitalen Medien widmen. Wir hoffen auf zusätzlichen Schwung und viel kreativen Input für unsere Webseite und die sozialen Medien. Guten Start und herzlich Willkommen im Team, Christina!

Oliver Schworck weiß genau wie viele andere Schulstadträte nicht, wie gut oder schlecht die Schulen in seinem Bezirk mit IT ausgestattet sind. Eine Abfrage mache erst Sinn, wenn Klarheit über die Förderfähigkeit einzelner Maßnahmen durch den Digitalpakt des Bundes bestehe, sagte Schworck der *Berliner Morgenpost*. Der Stadtrat vermisst einen Gesamtplan für die digitale Strategie aller Berliner Schulen; die Gefahr von Insellösungen jeder Schule sei damit groß.

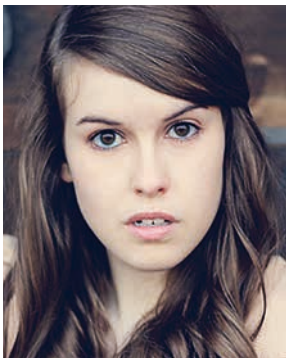
Hildegard Bentele will die Klimaschutz-Diskussion von der Straße in den Klassenraum zurückholen. Das Engagement der Schüler*innen bei Fridays for Future hält sie laut *Tagesspiegel* für »grundsätzlich wichtig und begrüßenswert«; nur eben ohne Demonstrationen in der Schulzeit. Die Union habe das Signal der jungen Klima-Aktivist*innen verstanden, schrieb die Spitzenkandidatin der Berliner CDU für die Europawahlen in einem Brief an Berlins Schulen. Wir sind gespannt!

Peter Tabichi, Physik- und Mathematiklehrer in einem kleinen kenianischen Dorf, leistet Bildungsarbeit unter besonders schwierigen Bedingungen. Der 36-Jährige unterrichtet in seiner Klasse 58 Schüler*innen, von denen fast alle aus armen und sozial zerrütteten Familien stammen. Gleichzeitig spendet Tabichi einen Großteil seines Gehalts an lokale Hilfsprojekte. Für seinen Einsatz ist der Lehrer jetzt mit dem Million Dollar dotierten »Global Teacher Award 2019« ausgezeichnet worden. Das berichtet der *Tagesspiegel* unter Berufung auf den englischen *Guardian*.

FOTO: PRIVAT

Berliner Absteige für ökonomische Großzügigkeit

Eine BAföG-Reform ist überfällig. Auch die neuen Sätze werden weit hinter der Realität zurückbleiben



Stephanie Mia Schwanz studiert Gender Studies und Europäische Ethnologie an der Humboldt Universität und ist Sprecherin der jungen GEW BERLIN

Eine Portion Schlagsahne auf den Kakao obendrauf: Auf unsere Glücksfee Anja Karliczek, übrigens nebenberuflich als Bundesbildungsministerin tätig, ist in Bezug auf dringend notwendige Novellierungen im Bildungsapparat Verlass. Ihre politische CDU-Karriere als Bildungs- und Wissenschaftsministerin auf Bundesebene hat sie wahrscheinlich wissenschaftlich durch das Sammeln des ein oder anderen Glückskekksspruches qualifiziert erworben.

Ein Jahr Einarbeitung ins Bildungsressort kann da schnell ohne vorzeigbares Resultat vergehen. Kann ich durchaus nicht nachvollziehen. Nur ein Drittel auf dem Weg zu meinem Bacheloretten-Nachweis in Regelstudienzeit BAföG-Gönnung. Über ein Jahr kann eine Ministerin schon einmal benötigen, um »die richtigen Fragen zu stellen«, weil sie ja »die Neue« ist, und um dann in einem (!) Jahr einen (!) Gesetzesentwurf ins Kabinett Merkel, das vierte, einzubringen: die Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Da erlaube ich mir doch glatt einen Vergleich: Ich studiere zwei Semester, schnuppere in mehrere Seminare, stelle Fragen von außen, die vielleicht noch keine gestellt hat, um jeden Preis möchte ich nicht auffallen, damit mir keine*r auch nur irgendeine Frage zu meiner nicht getätigten Abgabe – die erste Frist ist vor zwei Monaten verstrichen, die zweite vor einem Monat, die dritte, oh je schnell zum Latte im schnieken Regierungsviertel trinken gehen – stellen kann. Fragen würde ich dann sicherlich nicht ähnlich rechts angehaucht à la Karliczek: Wie wäre es mit der 69. Studie über das Leben von Kindern in Regenbogenfamilien bei *n-tv*? Sollte meine Milchkanne auch ein Recht auf Snake besitzen (schlängelte durch jede Satire-Show)?

Die aktuelle Wohnkostenpauschale, die im BAföG-Satz enthalten ist, beträgt 250 Euro. Mit der neuen BAföG-Novelle voraussichtlich ab dem kommenden Wintersemester sind satte 325 Euro am Start. Selbst eine Besenkammer oder ein Iglu sind mit 250 Euro in Berlin nicht mehr anzumieten. Anstatt die Pauschale den realen Wohnkosten anzupassen, reagiert Karliczek im *Spiegel*-Interview fast schon trotzig unwissend: »Man muss ja nicht in die teuersten Städte gehen.« Frau muss auch in einem Jahr nicht auf die zahlreichen Expert*innen hören, die auch glauben zu wissen, wie die ein oder andere Lebensrealität der ein oder anderen Studentin so aussehen könnte. Oder auf uns als Student*innen, die ihr ehrenamtlich unsere Erfahrungen entgegenhalten.

Fast möchte ich sie umarmen, mich mit ihr an den Tisch setzen und mit ihr die realen Mieten in Berlin für sehr geringe Ansprüche durchgehen – sprich acht Quadratmeter im Marzahner Wohnheim über das Studierendenwerk Berlin. Als ich nachsehe, gibt es einige Zimmer, aber keines unter 300 Euro und viele weit über 400 Euro. Aber was interessieren hier Fakten, wenn »man« als Bundesbildungsministerin potent auf die eigene Unfähigkeit und Ignoranz antworten kann?

Jede Studentin, die ihr ganzes Studium hindurch BAföG erhält, würde befähigt sein, qualifizierter bei vergleichbarer Befragung zu antworten. ■

Unterstützung bekommen die für das Klima streikenden Schüler*innen inzwischen auch von den »Teachers for Future«, einer Initiative engagierter Berliner Lehrer*innen, unter anderem aus der GEW BERLIN

FOTO: IMAGO IMAGES / IPON

Teachers4future gegründet

Eine kleine Gruppe engagierter Pädagog*innen hat die »Teachers for Future« gegründet. »Mit der Initiative haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Schüler*innen mit ihren Forderungen zu einer aktiveren Klimapolitik solidarisch zu unterstützen. Das, was den Eltern und Wissenschaftler*innen bereits gelungen ist, wollen auch jetzt wir erreichen«, sagt einer der Initiator*innen Uwe Fischer. Ziel ist es, so schnell wie möglich mindestens 1.000 Unterstützer*innen zu gewinnen. »Alle, die sich in und außerhalb der Schule für eine Erhaltung unserer Lebensgrundlagen einsetzen, bitten wir unsere Stellungnahme zu unterzeichnen«, so Fischer. Die GEW BERLIN unterstützt die Initiative. Gezeichnet werden kann unter www.teachers4future.org

Schulessen an Stehtischen

Die GEW BERLIN blickt mit gemischten Gefühlen auf die Änderung des Schulgesetzes zum kostenlosen Mittagessen in der Primarstufe. »Grundsätzlich begrüßen wir das kostenlose Mittagessen für alle Schüler*innen. Ohne einen gleichzeitigen Ausbau der Raum- und Personalressourcen halten wir die Ausweitung des Schulessens jedoch für einen Fehler«, erklärte der Vorsitzende der GEW BERLIN, Tom Erdmann. Vor allem an den verlässlichen Halbtagsgrundschulen mit offenen Ganztagsangeboten besteht die Gefahr, dass es zu räumlichen Engpässen kommt. Bis zu 30 Prozent der Berliner Grundschulkinder nehmen bisher an keiner Form der Ganztagsbetreuung teil und erhalten deshalb in der Regel auch kein Mittagessen in der Schule. Selbst wenn nicht alle Schüler*innen vom kostenlosen Schulessen Gebrauch machen werden, rechnet die GEW BERLIN mit einem zusätzlichen Bedarf für rund 9.000 Schüler*innen. Schon jetzt sind die Schulmensen sowie die Verteilküchen vollkommen ausgelastet. Es ist nicht zu erwarten, dass binnen vier Monaten genügend Personal eingestellt ist, um dem Mehraufwand gerecht zu werden. Auch die notwendigen baulichen Maßnahmen werden bis zum Sommer 2019 kaum umzusetzen sein.

Die Grenzen der Belastbarkeit sind überschritten

In einem Brief an Bildungssenatorin Sandra Scheeres und Finanzsenator Matthias Kollatz haben Betriebsräte zahlreicher privater Kita-Träger auf die unhaltbaren Zustände in Berliner Kitas hingewiesen. Die Aufweichung der Qualitätsstandards dürfe nicht die Antwort auf den selbst verschuldeten Fachkräftemangel im Sozial- und Erziehungsdienst sein, so die Vertreter*innen von über 5.000 Beschäftigten der freien Träger in Berlin. »Viele Kitas sind unterbesetzt. Immer mehr unausgebildete Berufsanfänger*innen werden eingestellt, während es keine zeitlichen Ressourcen für die notwendige Einarbeitung gibt. Trotzdem werden Quereinsteiger*innen vom ersten Tag an voll auf den Personalschlüssel angerechnet. Obwohl immer weniger ausgebildetes Personal in den Kitas arbeitet, steigt die Anzahl der zu betreuenden Kinder«, erklärte eine der Verfasser*innen des Briefes, Elke Schütz, Betriebsrätin der Kinder im Kiez GmbH.

Wechsel an der Spitze der Senatsbildungsverwaltung

Überrascht hat die Nachricht von der Entlassung von Bildungsstaatssekretär Mark Rackles. In beiderseitigem Einvernehmen entließ ihn Bildungssenatorin Sandra Scheeres in den einstweiligen Ruhestand. Zu seiner Nachfolgerin machte Scheeres ihre enge Vertraute und bisherige Pressesprecherin Beate Stoffers. Die GEW BERLIN bedankte sich bei Rackles für die immer konstruktive und faire Zusammenarbeit.

Referendar*innen sollten bleiben dürfen

Eine neue Regelung, mit der eine bessere Verteilung der Quereinsteiger*innen erreicht werden soll, sorgt unter Referendar*innen für großen Unmut. Schulen, die bisher ohne Quereinsteiger*innen sind, soll verwehrt werden, voll ausgebildete Lehrkräfte einzustellen, solange sie nicht ein bis zwei Quereinsteiger*innen haben. Das führt in einigen Fällen dazu, dass Schulen, die nur eine neue Lehrkraft einstellen können, ihre eigens ausgebildeten Referendar*innen ziehen lassen müssen, gegen deren Willen. Die GEW BERLIN ruft Schulleitungen und Schulaufsicht dazu auf, kreative Lösungen zu finden – so könnten Referendar*innen auch mal befristet übernommen werden, um sie in der eigenen Schule zu halten, bis eine Planstelle frei wird.

Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt*innen kommt

In der Länder-Tarifrunde haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaften Anfang März auf eine Entgelterhöhung geeinigt. Die Entgelte werden zum 1. Januar 2019 in der Stufe 1 in den Entgeltgruppen 2 bis 15 um 4,5 Prozent, in den übrigen Stufen in allen Entgeltgruppen um 3,01 Prozent, mindestens aber um 100 Euro erhöht. Dieses Ergebnis wird nun auch auf die Beamt*innen und die Versorgungsempfänger*innen im Land Berlin übertragen.

Gemäß eines Senatsbeschlusses aus dem Jahr 2017 wird die Besoldung um zusätzliche 1,1 Prozentpunkte erhöht, um die Berliner Beamtenbezüge schrittweise auf das Bundesniveau anzuheben. Zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt*innen und Beamten sowie zur daraus folgenden Anpassung der Besoldung ist ein Gesetz erforderlich. Hier wird dann auch die Erhöhung der Anwärter*innenbezüge geregelt. Sobald das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist, wird die Erhöhung um 4,3 Prozentpunkte rückwirkend zum 1.4.2019 wirksam. Die nächste Erhöhung (wieder um 4,3 Prozentpunkte) erfolgt dann automatisch zum 1. Februar 2020. Die Beitragsanpassung wird von der GEW erst vollzogen, wenn die Zahlungen erfolgen.

Änderung der Beihilfeverordnung für Berliner Landesbeamt*innen

Am 6. März 2019 ist die Dritte Verordnung zur Änderung der Landesbeihilfeverordnung in Kraft getreten, die eine Reihe von Verbesserungen enthält. Damit sind höhere Aufwendungen für die häusliche Krankenpflege beihilfefähig. Als angemessen gelten damit Aufwendungen bis zur Höhe des tariflichen oder ortsüblichen Entgelts einer Pflegekraft der öffentlichen oder frei gemeinnützigen Träger. Mit der Verordnung wurden unter anderem auch rückwirkend ab dem 1. Januar 2019 neue Höchstbeträge für Heilmittel festgesetzt bzw. die Beihilfefähigkeit von Leistungen neu geregelt. Eine ausführlichen Gegenüberstellung von alten und neuen Regelungen findet man auf den Seiten 105 ff. der Vorlage für das Abgeordnetenhaus, s. https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/verordnungen/vo18-143.pdf

Attac-Urteil für Träger politischer Bildungsarbeit katastrophal

Das Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) zur Gemeinnützigkeit von Attac ist »für Träger politischer Bildungsarbeit katastrophal, weil es eine eigenständige Begründung entfaltet, politischer Bildungsarbeit die Förderfähigkeit abzuerkennen.« Zu diesem Schluss kommt das »Forum Kritische politische Bildung«. Nach Auffassung des BFH darf politische Bildungsarbeit nicht auf politische Willensbildung und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zielen. Dagegen erklären die Wissenschaftler*innen und politischen Bildner*innen: »Wenn sie die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung nicht beeinflussen soll, wird der Grundgedanke politischer Bildungsarbeit in einer Demokratie ad absurdum geführt. Denn staatliche und zivilgesellschaftliche politische Bildungsarbeit sollen ja gerade für das Gemeinwesen wirksam werden.«

Bundeswehr und Schule

Die GEW BERLIN begrüßt den Beschluss der Berliner SPD: Politische Bildung gehört in die Hand von Pädagog*innen und nicht in die von Jugendoffizieren der Bundeswehr. Parlamentsarmee hin oder her, wir haben ein Problem mit Informationsveranstaltungen der Bundeswehr in der Schule, insbesondere so lange die Bundeswehr Minderjährige für den Dienst an der Waffe rekrutiert. Anlässlich des Girls'Day und der Angebote der Bundeswehr haben am 27. März Friedens-, Kinderrechts-, Bildungs- und kirchliche Organisationen die bundesweite Kampagne »Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!« gestartet.

Armutsangst und Einsamkeit unter Schüler*innen

Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung und Forscher*innen der Universität Frankfurt, in der Daten aus einer Befragung von 3.450 Schüler*innen zwischen 8 und 14 Jahren aus dem Schuljahr 2017/18 zugrunde gelegt wurden, macht sich mehr als die Hälfte der Befragten Sorgen um Geld. Mädchen zeigen sich dabei etwas stärker besorgt als Jungen. Existenzielle Probleme gibt es zwar selten, einen ungestörten Arbeitsplatz haben jedoch nur neun von zehn Kindern, ein eigenes Schlafzimmer nur acht von zehn. 22 Prozent haben noch nie einen Familienurlaub gemacht. Außerdem ergab die Studie, dass fast jede*r dritte 14-Jährige von Einsamkeit betroffen ist. »In meiner Familie gibt es jemanden, der sich um mich kümmert« – diesen Satz verneinen gut fünf Prozent der Achtjährigen. Bei den Vierzehnjährigen ist es sogar jede*r Zehnte. Viele der befragten Kinder fühlen sich aber auch mit Blick auf Vertrauenspersonen in der Schule alleingelassen: »Meine Lehrerinnen und Lehrer kümmern sich um mich und helfen mir, wenn ich Probleme habe« – ganz fraglos stimmen diesem Satz bei den älteren Kindern nur noch 17 Prozent zu. Die Autor*innen beklagen, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland nicht regelmäßig befragt und an politischen Entscheidungen beteiligt werden.

ÜBRIGENS

Geschafft! Die GEW BERLIN hat die 30.000er Marke geknackt. Wir gewinnen immer mehr Mitglieder und sind jetzt der drittgrößte GEW-Landesverband. Wenn das kein Grund ist, sich zu freuen!

Eine Zahl, die uns stark macht, aber auch Verantwortung bringt. Verantwortung, die Mitglieder gut zu vertreten und zu betreuen, aber auch sie zu motivieren, sich aktiv an der Gestaltung unserer Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen. Mit verschiedenen Formaten versuchen wir immer wieder das anzugehen. Im letzten Heft haben wir euch beispielsweise von der Langen Nacht der GEW berichtet.

Wenn dieses Heft Anfang Mai erscheint, tagt wieder die Landesdelegiertenversammlung. Rund 300 Delegierte diskutieren über verschiedenste Anträge und setzen sich mit dem Schwerpunktthema »Lehrkräftebildung« auseinander. Da gab es in den letzten Jahren einige Veränderungen. Auf den Seiten 28 ff. könnt auch ihr euch in zwei Artikeln über das Thema informieren. *CMdR*

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die Redaktion freut sich über Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. ***Also schreibt für die bbz!*** Schickt eure Texte an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS – IMMER MITTWOCH

Juli 2019: 28. Mai
September 2019: 31. Juli

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Doreen Beer, Josef Hofman, Manuel Honisch, Antje Jessa, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt , Joshua Schultheis, Stephanie Mia Schwanz, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 15 vom 1.11.2018
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-Mail info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin

ISSN 0944-3207 5/2019: 31.500

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der *bbz* veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT, GRAFIK: ARTYWAY/FOTOLIA

Übergänge erfolgreich gestalten

Übergänge im Bildungssystem stellen Weichen. Sie haben großen Einfluss auf den individuellen Bildungserfolg und die Chancen für die Zukunft. Ob Übergänge erfolgreich gemeistert werden, hängt auch vom Handeln der Pädagog*innen ab

von Gabriele Berry

Jan kommt in die Kita, Mara wird im Sommer eingeschult, Cem beginnt ein Studium, Anne bekommt demnächst ihr erstes Kind, Roland wechselt in den Ruhestand. Bei aller Unterschiedlichkeit haben diese Situationen etwas Entscheidendes gemeinsam. Es handelt sich um Übergänge zwischen unterschiedlichen Lebenssituationen. Übergänge oder »Transitionen«, wie die Wissenschaft sagt, begleiten das gesamte menschliche Leben. Ihr Verlauf stellt häufig wichtige Weichen für den weiteren Lebensweg und entscheidet über Chancen, Zufriedenheit und die Möglichkeiten aktiver sozialer Teilhabe. Das gilt in besonderem Maße für die Übergänge, die Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungsweg durchlaufen, und um die es im Folgenden geht. Auch diese Übergänge konfrontieren junge Menschen mit erheblichen Veränderungen, die sie vor eine Reihe von Entwicklungsanforderungen auf verschiedenen Ebenen stellen.

Auf der Ebene des Individuums gilt es, sich mit der eigenen Rolle in der veränderten Situation auseinander zu setzen, ein neues Selbstbild – etwa als »großes« Schulkind – zu entwickeln und damit verbundene starke Gefühle, wie Trauer, Unsicherheit, aber auch Freude und Stolz, zu verarbeiten.

Auf der Ebene der Beziehungen muss die zeitweilige oder dauerhafte Trennung von vertrauten Bezugs- oder Bindungspersonen bewältigt werden, veränderte soziale Regeln sind zu beachten, es gilt, auf bisher unbekannte Menschen zuzugehen, neue Beziehungen einzugehen und zu gestalten.

Auf der Ebene der Lebensumwelten fordern beispielsweise ungewohnte räumlich-materielle Bedingungen und Zeitrhythmen sowie veränderte Aufgaben und Lernkulturen neue Orientierungen und erweiterte Kompetenzen, mehr Selbständigkeit, veränderte Arbeitsstrategien oder mehr Bedürfnisaufschub.

Übergänge beinhalten sowohl Chancen als auch Risiken. Chancen, weil die ihnen innewohnenden Brüche als Entwicklungsimpuls genutzt werden können. Risiken, da sie die Gefahr eines möglichen Scheiterns bergen. Diese Gefahr ist dann besonders hoch, wenn neben dem Übergang noch weitere aktuelle Belastungen zu bewältigen sind, wie beispielsweise ein Umzug, eine Krankheit, persönliche Krisen, die Trennung der Eltern.

Selbstvertrauen stärken und Beteiligung ermöglichen

Die Transitionsforschung benennt einige Faktoren, die sich günstig auf das Gelingen von Übergängen auswirken. So stärkt die Erfahrung gelungener Übergänge das Vertrauen in die eigenen Kräfte und damit die Widerstandsfähigkeit, die Resilienz eines Menschen. Wenn Kinder die ersten Übergänge in ihrem Leben gut bewältigen, haben sie größere Chancen, auch die folgenden erfolgreich zu meistern. Umgekehrt gilt: Wer in diesen Phasen, beispielsweise während des Eintritts in die Kita oder des Wechsels in die Schule, Erfahrungen des Scheiterns machen musste, wird es später eher schwer haben, auf Veränderungen offen und mit Zuversicht zuzugehen. Pädagog*innen sollten alle Gelegenheiten nutzen, um den jungen Menschen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und ihre Neugier und Lernfreude zu stärken.

Übergänge gelingen zudem leichter, wenn die Betroffenen Einfluss auf das Geschehen nehmen können und sich nicht der Situation ausgeliefert fühlen. Dazu brauchen sie Informationen und Handlungsmöglichkeiten. Pädagog*innen unterstützen Kinder und Jugendliche, indem sie ihnen zu den benötigten Infor-

mationen über die zukünftige Situation verhelfen und mit ihnen Strategien zur Bewältigung des Übergangs entwickeln. Dabei berücksichtigen sie die entwicklungsabhängig unterschiedlichen Ausdrucks- und Handlungsmöglichkeiten der jungen Menschen.

Wie alle Bildungsprozesse ist auch die Auseinandersetzung mit Übergängen im Bildungsverlauf durch geschlechtsspezifische, kulturelle und individuelle Unterschiede bestimmt und zugleich von der aktuellen Lebenssituation beeinflusst. Pädagog*innen tragen zum Gelingen von Übergängen bei, wenn sie die jungen Menschen auf der Basis einer vertrauensvollen Beziehung feinfühlig und individuell begleiten und unterstützen.

Auf die richtige Balance kommt es an

Um Übergänge als Entwicklungschancen nutzen zu können, bedarf es der Balance zwischen der ihnen eigenen Diskontinuität und der Kontinuität im Sinne einer fortlaufenden Entwicklung. Pädagog*innen sollten dabei sowohl Unter- als auch Überforderung vermeiden und die neuen Anforderungen möglichst an der »Zone der nächsten Entwicklung« (Wygotski) orientieren. Alle Menschen können die Chancen von Übergängen besser nutzen, wenn sie in der neuen Situation etwas Vertrautes wiederfinden: Das kann bei der Eingewöhnung in der Kita beispielsweise die Kuscheldecke von zu Hause sein, später sind es dann vielleicht Freund*innen, mit denen gemeinsam der Wechsel vollzogen wird, bekannte Rituale, Arbeitstechniken, Gesprächsformen, Materialien. Entscheidend ist die Erfahrung, dass bereits erworbene Kompetenzen und Bewältigungsstrategien bei Konflikten auch in der neuen Situation ihren Nutzen haben und wertgeschätzt werden.

Viele Beteiligte wirken auf das Übergangsgeschehen ein. Eine Balance zwischen Kontinuität und Diskontinuität gelingt am ehesten, wenn die hauptsächlich Beteiligten miteinander kooperieren. Zu diesen zählen – beispielsweise beim Übergang von der Kita in die Schule – neben dem Kind selbst seine Eltern und die Pädagog*innen in Kita, Schule und außerunterrichtlicher Betreuung. Haltung und Handeln dieser Personen haben zentrale Bedeutung für das konkrete Geschehen, auch wenn daneben noch weitere Personen und Institutionen wie die Kinder der abgebenden Kita und der aufnehmenden Schule, beratende Dienste und nicht zuletzt allgemeine Rahmenbedingungen und bildungsprogrammatische Vorgaben einwirken.

Pädagog*innen der abgebenden und aufnehmenden Institution sollten sich darüber austauschen, woher die Kinder und Jugendlichen kommen, welche Erfahrungen, Erwartungen und Kompetenzen sie mitbringen und welche Bedingungen und Möglichkeiten die neue Lebenswelt kennzeichnen. Nur so können die verschiedenen Erfahrungsräume und ihre Anforderungen angemessen aufeinander bezogen werden. Gut ist es, wenn alle Beteiligten »an einem Strang ziehen«, das heißt wenn es gelingt, im gegenseitigen Austausch ein gemeinsames Bild von dem bevorstehenden Übergang und den damit verbundenen Anforderungen zu entwickeln (zu ko-konstruieren).

Auch Eltern durchleben einen Übergang

Besondere Beachtung fordert die Situation der Eltern: Denn im Unterschied zu den professionellen Akteur*innen durchleben diese selbst einen Übergang, wenn ihr Kind eine neue Stufe des Bildungssystems erklimmt. Das verändert ihre Rolle und konfrontiert sie mit neuen Anforderungen und Verpflichtungen. Eltern werden die verschiedenen Übergänge ihres Kindes als unterschiedlich tiefgreifende Veränderung ihrer eigenen Situation erleben. Pädagog*innen sollten grundsätzlich berücksichtigen, dass es auf ihrer Seite zu Verunsicherungen und emotionalen Irritationen kommen kann und dass sie gleichfalls empathische Ansprache und Unterstützung benötigen.

Das Gelingen von Übergängen im Bildungsverlauf ist also nicht nur von dem betreffenden jungen Menschen, sondern gleichfalls vom Handeln, von der »Übergangskompetenz« aller übrigen Beteiligten abhängig. Übergangskompetenz sollte deshalb als Qualitätsmerkmal von Bildungseinrichtungen begriffen und für die verschiedenen Übergänge konkret ausformuliert werden. Beispiele hierfür finden sich im Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege (2014) und im Berliner Bildungsprogramm für die offene Ganztagsgrundschule (2009).

Der Artikel folgt in wesentlichen Punkten der Veröffentlichung »Übergänge verstehen und begleiten – Transitionen in der Bildungslaufbahn von Kindern« von Wolfgang Griebel und Renate Niesel aus dem Jahr 2011.

Gabriele Berry, freie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) in der INA gGmbH und freie Fortbildnerin

Kooperationen erleichtern Übergänge

Der Wechsel von der Kita in die Grundschule ist für Kinder und deren Eltern ein großer Schritt. Wir haben uns mit einer Erzieherin und einer Lehrerin darüber unterhalten

Das Interview führte Antje Jessa

Karin, du arbeitest an der Peter-Härtling-Grundschule in Spandau als Lehrerin und Ramona, du bist Erzieherin in einer Kindertagesstätte des Trägers Kindergärten City in Mitte. Eure Einrichtungen kooperieren mit verschiedenen Kitas beziehungsweise Grundschulen. Wie genau sieht diese Kooperation aus?

Ramona: Wir kooperieren mit zwei Schulen. Unsere Kinder besuchen eine Unterrichtsstunde, die von den Kindern der Schule und den Lehrer*innen vorbereitet wird und nehmen an einer Sportstunde teil. So lernen sie den Schulweg, den Schulhof, das Schulgelände und die Sporthalle kennen.

Karin: Bei uns hat jede JÜL-Klasse entweder eine große Kita oder zwei, drei kleinere Kinderläden oder Kitas als Kooperationspartnerinnen. Ich arbeite in zwei Klassen. Da kommen die Kitas fast das ganze Jahr einmal im Monat zum Sportunterricht, so wird er schnell zur Routine. Die Kinder lernen dadurch ihre neuen Mitschüler*innen kennen. Ich finde es für die Kitakinder zudem ganz wichtig, dass sie das Schulleben miterleben, wo geht man in der Schule auf die Toilette und was passiert zum Beispiel in den Hofpausen.

*Trefft ihr euch regelmäßig mit euren Kooperationspartner*innen?*

Ramona: Ja, wir treffen uns regelmäßig. Ich denke ein bis zweimal im Jahr. Wir haben zwei Häuser und jeweils ein*e Kolleg*in ist für die Kooperation zuständig. Sie gehen zu den Treffen und erzählen uns in den Teamsitzungen, was es für Neuigkeiten gibt.

Karin: Unser Schulleiter lädt einmal im Jahr alle Kitas und Kolleg*innen ein. Es gibt einen netten Kaffeeklatsch und einen Austausch. Ansonsten ist es üblich, dass wir als Schule zu den Informationselternabenden

FOTO: BERTOLT PRÄCHT, GRAFIK: ARTYWAY/FOTOLIA

in die Kitas gehen. Die Kitas informieren die Eltern, welche Schulen es gibt und wie der organisatorische Ablauf ist und wir sagen, was die zukünftigen Schulkinder alles brauchen. Wir merken immer wieder, wie wichtig das ist, da die Eltern und Kitas unter enormen Druck stehen. Wir versuchen, diesen abzubauen und machen deutlich, dass Selbstständigkeit und die Lust zu lernen, die wichtigsten Kompetenzen sind und nicht, ob die Kinder die Schleife binden oder alle Buchstaben können.

Ansonsten treffen wir uns mit den Erzieher*innen durch gemeinsame Aktionen, wie Theater- oder Spielplatzbesuche, regelmäßig. Ich finde es gut, dass wir uns kennen. Wir können jederzeit SMS schreiben oder telefonieren. Ich habe eine*n Ansprechpartner*in und umgekehrt auch. Für die Kitas ist es ganz wichtig. Wenn man in der Schule anruft, landet man im Sekretariat und dann ist die Sache oft schon verpufft.

Wie sind die Besuche für die Kinder?

Ramona: Die Sportstunde finden unsere Kinder ganz toll. Wir haben nur einen kleinen Sportraum und dann ist so eine große Turnhalle etwas Gewaltiges. In der Unterrichtsstunde, die ich mitgemacht habe, haben die Schulkinder ein Buchstabenlied vorgesungen. Anschließend durften unsere Kinder ihren Namen an die Tafel schreiben. Am Ende haben sie ein Ausmalblatt bekommen. Es ist total süß, wie sie wie eine eins sitzen, zuhören und mitmachen. Sie sind wie verändert. Das sind ja dann auch die Großen.

Karin: Die Kita veranstaltet jedes Jahr ein Laternenfest. Da gehen wir immer hin und die Kinder freuen sich sehr. Wir brauchen uns um keine Organisation kümmern, ganz wunderbar. Der Laternenumzug ist eher abends. Damit die Kinder unserer Schule dabei sein können, sind wir auf die Eltern angewiesen. Aber wenn wir die Laternen gebastelt haben, dann bringen es die Eltern kaum übers Herz, nicht hinzugehen. Zudem finde ich es wichtig, dass wir als Kollegium auch dabei sind. Umgekehrt kommen die Kitas zum Sommerfest oder zu anderen Aktionen wie Plätzchen backen oder zu Kindervorträgen in die Schule.

Wie ist es, wenn die Kinder eingeschult werden? Karin, hast du das Gefühl, dass die Eltern offener ankommen, weil sie die Schule bereits kennen?

Karin: Ich habe schon in mehreren Grundschulen gearbeitet und das ist die erste Grundschule, an der ich es in der Regel so erlebe, dass kein Kind bei der Einschulung weint. Erstens, weil alle die Schule durch die verschiedenen Aktionen kennen und weil wir einen nullten Elternabend vor den Sommerferien haben. Somit waren die Eltern schon einmal in der Schule, auch in ihren Klassen mit den Klassenlehrer*innen. Außerdem haben wir bei der Einschulung das Ritual, dass wir uns mit unseren und den einzuschulenden Kindern in der Klasse treffen und die Eltern in der Turnhalle warten. Auf der Bühne haben die Kinder dann ein Patenkind an der Hand. Es ist eine aufregende Geschichte, aber nicht so, dass man sich ad hoc von Mama oder Papa trennen muss und nicht weiß, wo man hinkommt, recht angstfrei. Das ist wirklich schön.

Ramona, macht ihr Informationsabende für die Eltern in der Kita bevor die Einschulung ist?

Ramona: Informationsabende in dem Sinne machen wir nicht. Wir sprechen mit den Eltern in den regelmäßigen Entwicklungsgesprächen über die Kinder und was auf sie zukommt. Auch ob das Kind es schafft oder ob die Eltern noch was machen sollten.

Gibt es Rückmeldungen, wenn die Kinder bereits eingeschult sind und ein paar Tage oder Wochen vergangen sind?

Ramona: Wir erhalten eher keine Rückmeldungen. Vorher, wenn wir Integrationskinder haben, kommt der*die Horterzieher*in oder die Lehrkraft, so dass sie die Kinder vorab mit Einverständnis der Eltern kennenlernen können. Das nehmen die Eltern sehr gut an.

Karin: Das machen wir ähnlich. Wir haben als Schule entschieden, dass wir bei der Anmeldung von den Eltern eine Schweigepflichtsentbindung für die Kita unterschreiben lassen. Ab dem Tag der Anmeldung ist somit recht früh klar, dass wir mit den Erzieher*innen offen über die Kinder reden können. Wir hatten auch nie den Fall, dass irgendjemand gesagt hat, wollen wir nicht.

Wie sieht es mit Ängsten und Sorgen von Seiten der Eltern aus?

Ramona: Die Zeit vor der Schule ist für viele Eltern herausfordernd. Wir führen zwar regelmäßig Entwick-

FOTO: BERTOLT PRÄCHT, GRAFIK: ARTYWAY/FOTOLIA

lungsgespräche mit ihnen, doch die Schulärzt*innen machen teilweise alles wieder zunichte. Die Eltern werden verunsichert, wenn die Kinder für schulunfähig eingeschätzt werden, obwohl wir sie im Kitaalltag anders erleben. Wir geben den Eltern dann die Rückmeldung, nochmals mit den Schulärzt*innen zu reden und sie darauf hinzuweisen, dass wir für Rückfragen offen sind. Aber meistens rufen sie nicht an.

Wir haben im Vorgespräch bereits darüber gesprochen, dass in eine Schule viele Kinder aus verschiedenen Kitas kommen und nicht alle Kitas mit allen Schulen kooperieren können.

Ramona: Das stimmt. Die Eltern schicken ihre Kinder oft nicht in die Einzugsgebietsschule. In Berlin gibt es viele Schulen und wir können nicht alle besuchen.

Karin: Die Schulen haben genau das gleiche Problem, dass die Kinder aus ganz vielen Kitas kommen und wir es gar nicht schaffen, mit allen wirklich eine gute oder enge Kooperation zu haben. Wenn die Schulen nicht so unterschiedlich sind, geht es noch. Aber manchmal kriegen die Kinder auch ein völlig falsches Bild wie Schule ist.

Viele Eltern können sich heutzutage keine spezielle Kita aussuchen, sondern sind froh, wenn sie überhaupt einen Kitaplatz bekommen. Dadurch sind die Kitas oft nicht im Einzugsbereich der Grundschulen und es wird unübersichtlich. Oder?

Karin: Genau. Und andersherum ist in Berlin alles so eng aufeinander, dass man die Möglichkeit hat, in Fußnähe mindestens drei, vier Grundschulen zu besuchen. Die Kooperation war aus meiner Sicht für die Sicherheit der Kinder gedacht. Ich gehe mit meiner Gruppe weiter in die Schule und werde nicht ständig auseinandergerissen. Ansonsten entstehen viele Brüche.

Ramona: Das macht mich auch traurig. Wir beobachten im Laufe der Kitazeit, dass die Kinder zusammenwachsen und dann werden sie auseinandergerissen und sehen sich vielleicht nie wieder, obwohl sie mal die besten Kitafreund*innen waren.

Karin: Was das auch mit der Beziehungsfähigkeit von den Kindern macht.

Karin, hast du den Eindruck, dass durch die enge Kooperation mit den Kitas, eine größere Verbundenheit zu eurer Schule entsteht.

Karin: Es ist unterschiedlich, je nachdem was die anderen Schulen veranstalten und welche Eltern wie Stimmung machen. Wir hatten jetzt über eine längere Zeit in der Kooperationskita Eltern, die total zufrieden mit der Jahrgangsmischung waren, so dass wir eine ganze Klasse aufnehmen konnten. Das ist eine Kooperation, so wie ich es mir wünsche. Aber es kann eben auch nach hinten losgehen. Es ist gar nicht so einfach, das gut zu gestalten.

Habt ihr ein Rezept für eine perfekte Übergangsgestaltung für die Kinder?

Karin: Das ist schwierig, weil man den Eltern nicht vorgreifen kann. Vielleicht wäre noch das einfachste zu sagen, wir haben hier im Kiez drei unterschiedliche Grundschulen und nur diese stehen zur Wahl. Wenn es immer weiter ausufert, ist es für die Schulen kaum möglich, Beziehungen mit allen Kitas aufzubauen und die Übergänge für die Kinder sanft zu gestalten. Die Chance, dass eine ganze Kitagruppe gemeinsam weiter geht, besteht kaum noch. Dadurch sind die Brüche für die Kinder und Eltern noch stärker. Am besten wäre es, wenn die Kita schon zur Schule gehören würde. Es gibt Kieze, wo die Kita auf dem Schulgelände ist, wo man im Prinzip ab dem ersten, zweiten Lebensjahr hingehen kann und dann das Abitur machen kann. So wünsche ich es mir.

Ramona: Ich habe heute viele Ideen und Anregungen erhalten, wie wir die Kooperation mit unseren Grundschulen vertiefen können. Wichtig finde ich dabei, dass sich die Aktionen leicht in unseren Kitaalltag integrieren lassen, wie die regelmäßige Sportstunde, Besuche auf dem Horthof und gemeinsame Ausflüge. Ich werde diese Anregungen sehr gerne mitnehmen und mit meinen Kolleg*innen besprechen. Vielen Dank!

FOTO: BERTOLT PRÄCHT, GRAFIK: ARTYWAY/FOTOLIA

Antje Jessa, Lehrerin an der Nürtingen-Grundschule und Mitglied der bbz-Redaktion

Am Ende der Grundschule beginnt der Kampf

Mit dem Übergang in die weiterführende Schule beginnt die Selektion. Das schafft Stress und große Verunsicherung. Dabei könnten wir unsere Energie viel sinnvoller einsetzen

von Klaudia Kachelrieß

Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule ist der Weg vom inklusiven und gemeinsamen Lernen zum selektiven und getrennten Lernen. Die Kindertagesstätten und Grundschulen sind inklusive Bildungseinrichtungen für alle Kinder. Alle Kinder haben einen Anspruch auf einen Platz. Es gibt keine Kriterien, nach denen die aufzunehmenden Kinder ausgewählt werden dürfen. Kinder mit unterschiedlichen sprachlichen, kognitiven, motorischen oder psychischen Voraussetzungen lernen zusammen.

Lediglich über den Einschulungsbereich wird die Aufnahme der Kinder in die Grundschule gesteuert. Das allerdings ist in Berlin durch die unterschiedliche Sozialstruktur in den Stadtteilen und Wohngebieten nicht ganz unerheblich. Denn natürlich gibt es auch bei der Auswahl von Kita und Grundschule gewisse Dynamiken. Gerade Eltern mit akademischem Background schauen sich gezielt um und melden sich im Zweifelsfall an einer anderen als der Einzugsgebietsschule an. Nur bei Übernachfrage spielen dann bestimmte Kriterien wie die Geschwisterregelung oder der Wunsch der Eltern nach gebundenem Ganztag eine Rolle. Weitere Aufnahmekriterien gibt es aber nicht. »Sortiert« wird erst nach der Grundschule. Der Übergang in die weiterführende Schule ist insofern ein Bruch mit dem zuvor inklusiven System.

*Besonders benachteiligt sind Schüler*innen mit Fluchthintergrund, die noch nicht lange in Berlin leben. Für sie gibt es keine Förderprognose, wenn sie in der 6. Klasse oder später eine Sprachlernklasse besuchen. Sie sind dadurch nicht im regulären Anmeldeverfahren. In der Regel wird am Ende des Schuljahres eine Empfehlung von der Klassenkonferenz ausgesprochen und der Elternwunsch eingeholt. Die regionale Schulaufsicht im Wohnbezirk weist dann einen Schulplatz zu. Die Schüler*innen und Erziehungsberechtigten haben nur wenig Einfluss auf den weiteren Bildungsweg. Es ist sehr abhängig vom Engagement Einzelner, ob und wie der Übergang gelingt.*

Der Druck ist groß

Wenn die sechsjährige Zeit des gemeinsamen Lernens vorübergeht, wird sortiert – und zwar nach Leistung. Genauer gesagt fängt das Sortieren im Prinzip schon im letzten Grundschuljahr oder früher an. Bis Januar des jeweiligen Schuljahrs müssen die Grundschulen für alle Kinder Förderprognosen erstellen. Dies führt im letzten Grundschuljahr häufig zu einem übermäßigen Druck auf die Kinder, Eltern und Lehrkräfte. Der Übergang beschäftigt die Familien manchmal über mehrere Jahre. Getrieben von der Angst, nicht die Schule zu finden, an der das eigenen Kind am besten gefördert wird, bricht Konkurrenz aus. Pädagog*innen geraten unter Rechtfertigungsdruck, wenn die Kinder nicht die von den Eltern gewünschten Zensuren erhalten. Die Schüler*innen der 6. Klasse erfahren meist erst am Ende des Schuljahrs, an welcher Schule sie genommen werden. In dieser Zeit ist die Verunsicherung groß. Manche Eltern entscheiden sich vor diesem Hintergrund auch, ihre Kinder bereits ab der 5. Klasse auf ein Gymnasium zu schicken, um dieser Situation vorwegzugreifen. Leitend ist dabei die Grundannahme, dass Kinder besser lernen, wenn sie in leistungshomogenen Gruppen unterrichtet werden. Diese Idee ist geprägt von der jahrhundertealten Tradition leistungsbezogener Aufteilung im deutschen Schulwesen. Auch die Berliner Schulstrukturreform ändert daran bislang wenig.

In der Regel trennt sich beim Übergang von der Grundschule die »Spreu vom Weizen«. Auch unter den Gymnasien und Sekundarschulen (ISS) gibt es jene, die beliebt sind und sehr gute Abschlussergebnisse aufweisen und die Schulen, die schlechtere Abschlussquoten haben und nicht so nachgefragt sind. Manche ISS steuern über bestimmte Profile die Aufnahme der Schüler*innen.

Übernachgefragte Schulen müssen nach einem festgelegten Auswahlprozedere eine beachtliche Anzahl von Schüler*innen abweisen. Bei der Schulsuche wird deshalb die zentrale Frage »Welche ist die beste Schule für mein Kind?« begleitet von der Frage: »Wo hat mein Kind überhaupt die Chance, angenommen zu werden?« Da die Noten der Grundschulzeugnisse bei allen Aufnahmeverfahren eine wesentliche Rolle spielen, haben Kinder mit guten bis sehr guten Leistungen deutlich bessere Chancen, einen Platz an einer »guten Schule« zu erhalten. Eine große Anzahl der Kinder mit guten Leistungen in den Grundschulen hat bereits vorteilhafte Startbedingungen, häufig

FOTO: BERTOLT PRÄCHT, GRAFIK: ARTYWAY/FOTOLIA

durch Eltern mit einer guten Ausbildung und einem festen Einkommen. Die Ungleichheiten entlang soziokultureller Faktoren wie Einkommen und Bildungsstand der Eltern oder Familiensprache werden beim Übergang in die weiterführenden Schulen verstärkt. Dies belegt auch die Berlin-Studie, die wissenschaftliche Begleitung zur Schulstrukturreform.

Die leistungsstarken Schüler*innen sind mehrheitlich an den Gymnasien und leistungsorientierten ISS zu finden. An den nicht so nachgefragten Sekundarschulen kommen dann viele Schüler*innen zusammen, die nicht so gute Voraussetzungen mitbringen. Schüler*innen mit Förderbedarf lernen demnach auch mehrheitlich an den Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen. Die Abschlussquoten der ISS für MSA und Abitur sind dementsprechend schlechter als an Gymnasien und profilierten ISS. Die Abbruchsquoten bis zum 10. Jahrgang sind mit etwa 11 Prozent recht hoch. Diese Zahlen beeinflussen wiederum die Schulwahl der Grundschüler*innen und ihrer Eltern. Es ist ein Teufelskreis, der schwer zu durchbrechen ist. Für Gymnasien gibt es mit dem Probejahr neben der Förderprognose ein zusätzliches Instrument zur Selektion. Die Gymnasien können die Schüler*innen mit schlechten Leistungen »abgeben«. Aber was bedeutet das für einen jungen Menschen, der sich an einer neuen Schule gerade eingelebt hat und dem nun vermittelt wird, dass er oder sie »nicht genug ist«? Entspricht das dem Bildungsauftrag von Schule? Wollen wir denn wirklich so weitermachen?

Gegenmodell Gemeinschaftsschule

Wie wäre es denn, wenn eine Entscheidung zwischen den zwei Säulen gar nicht nötig wäre? Wie wäre es, wenn alle Kinder weiter gemeinsam zur Schule gehen könnten und nicht wechseln müssten? So ist es an den Berliner Gemeinschaftsschulen möglich, die eine eigene Grundstufe haben und bis zum MSA oder zum Abitur führen. Die Gemeinschaftsschulen sind ein erfolgreiches Gegenmodell zum gegliederten Schulsystem. An Gemeinschaftsschulen erleben junge Menschen gemeinsam die Schulzeit und lernen miteinander – von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss, ohne äußere Unterscheidung nach Leistungsvermögen. Ein Wechsel nach der Grundstufe ist nicht nötig. Die Schüler*innen können in ihrer gewohnten Lernumgebung und in ihrer Schulgemeinschaft bleiben. Die Kinder und die Eltern kennen die Schule, die Pädagog*innen, die Abläufe, die Regeln, die Gebäude. Diese Kontinuität gibt Sicherheit und macht möglich, dass die Kinder und Jugendlichen sich auf das Lernen konzentrieren können. Die Schulgemeinschaft einer Gemeinschaftsschule bildet einen Querschnitt der Gesellschaft ab. Schüler*innen unterschiedlicher Lernniveaus und diverser sozialer Hintergründe lernen gemeinsam. Sie durchleben gemeinsam die Schulzeit und lernen dabei inhaltlich mit- und voneinander aber auch einen verständnisvollen und achtsamen Umgang miteinander.

Was, wenn alle Schulen Gemeinschaftsschulen wären? Die Grundschullehrkräfte würden, anstatt Förderprognosen schreiben zu müssen, Förderunterricht geben oder ein neues Projekt planen. Die Schulleiter*innen an den aufnehmenden Schulen müssten keine Anmeldegespräche führen – oft mehrere hundert im Anmeldezeitraum. Schuleiter*innen an Gymnasien müssten zudem keine Beratungsgespräche führen, in denen sie Schüler*innen ohne Gymnasialprognose vom Besuch des Gymnasiums abraten sollen. Es würden neue Zeitfenster entstehen, die sich für die Schulentwicklung nutzen ließen. Den Familien bliebe sehr viel Stress und Verunsicherung erspart. Die Kinder und Jugendlichen würden trotzdem »ihre Leistungen bringen« und hätten am Ende die gleichen Abschlüsse in der Tasche.

An so vielen Standorten wie möglich sollte das lange gemeinsame Lernen umgesetzt werden. Alle Schulen müssen sich den Herausforderungen der Inklusion stellen. Schulen sollten zukünftig mit allen einmal aufgenommenen Schüler*innen bis zum Erwerb eines Schulabschlusses arbeiten. An Gymnasien sollte zudem das G9 wiedereingeführt, das Probejahr und die Grundstufenjahrgänge abgeschafft werden. Schulen in schwieriger Lage müssen langfristig zusätzliche Personalressourcen erhalten, nicht nur über das Bonusprogramm, und bei der konzeptionellen Arbeit unterstützt werden. Nur so können wir im Berliner Bildungswesen langfristig den sozialen Ungleichheiten entgegenwirken. ■

Klaudia Kachelrieß,
Referentin im Vorstandsbereich Schule
der GEW BERLIN

Abi oder was?

Nur wenige Schüler*innen haben am Ende der 10. Klasse klare Berufsideen. Umso wichtiger ist eine kompetente Berufs- und Studienorientierung (BSO). Ein Berufsbildner gibt Einblicke in die Arbeit seines BSO-Teams an einer Sekundarschule

von Uwe Schafranski

Für mich kommt nur das Abi infrage« oder »Eine Idee habe ich eigentlich noch nicht«. Aussagen wie diese sind für uns als Berufs- und Studienorientierungsteam (kurz BSO-Team) »unser tägliches Brot«. Für Heranwachsende erscheint die Orientierung zum Übergang nach der 10. Klasse in Anbetracht der vielen Möglichkeiten am Arbeits- und Bildungs«markt« komplex und verworren. Dies fängt mit neuen Berufen, wie Kaufleute für Dialogmarketing, und Bildungsgängen, wie der **Integrierenden Berufsausbildungsvorbereitung (IBA)**, an, und hört bei idealisierten und zum Teil falschen Berufsdarstellungen in den Medien und auch im Fernsehen auf, beispielsweise der Arbeit des coolen Kommissars im Krimi. Überdies stellen wir in den Gesprächen oft fest, dass in den Familien ein Reden über die berufliche Zukunft aus vielschichtigen Gründen selten und oberflächlich stattfindet. Daher ist das BSO-Team ein wichtiger und vielleicht neben der Beratung der Jugendberufsagentur auch der einzige Gesprächsort, der sich mit den Berufsperspektiven der Jugendlichen in Ruhe auseinandersetzt.

An einer Integrierten Sekundarschule (ISS) besteht ein BSO-Team aus einer Lehrkraft der Sekundarschule der zu beratenden Schüler*innen, aus einer beratenden Person der Jugendberufsagentur und einer Lehrkraft der berufsbildenden Schulen. Diese Teams bilden nach dem Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung (LKBSO), gemeinsam mit den Lehrkräften des Wirtschaft-Arbeit-Technik-Unterrichts, das personelle Grundgerüst für die Umsetzung der jeweiligen BSO-Konzepte an den Schulen.

Das vom Senat 2015 beschlossene LKBSO hat zum Ziel, die Berufs- und Studienorientierung an den Sekundarschulen und Gymnasien zu stärken, damit jede*r Schüler*in die Möglichkeit erhält, eine eigene überzeugende Anschlussperspektive zu entwickeln. Hierzu hält das LKBSO unter anderem folgende Instrumente vor: Berufs- und Anschlussberatungen in den Klassen 9 und 10 durch BSO-Teams, Elternberatungen und diverse Maßnahmen zur Stärkung der Berufswahlkompetenz, wie zum Beispiel das Projekt »Komm auf Tour«, bei dem Schüler*innen im Rahmen eines Tagesprojekts in der Jahrgangsstufe 8 an sechs Stationen in spielerischer Weise ihre beruflichen Stärken und Schwächen entdecken können.

*Die **Integrierende Berufsausbildungsvorbereitung (IBA)** hat in erster Linie das Ziel Schüler*innen beruflich zu orientieren und ihnen (gegebenenfalls auch ohne Abschluss) zu einer Ausbildung zu verhelfen. Sie richtet sich an Schüler*innen, die nach zehn Jahren Schulbesuch höchstens den MSA erreicht haben sowie an Geflüchtete mit einem B1 Sprachniveau.*

***Vollschulischer Besuch:** Die mehrjährige Berufsfachschule übernimmt als Vollzeitschule die Berufsausbildung der Jugendlichen. Sie vermittelt die für den gewählten Beruf erforderlichen praktischen Fertigkeiten und theoretischen Kenntnisse und erweitert die Allgemeinbildung der Schüler*innen.*

Mehr Zeit, um »durchzublicken«

Allerdings haben immer noch nur wenige Schüler*innen, so unsere Erfahrung im BSO-Team, in Klasse 10 klare Berufsideen und im besten Fall auch schon aus eigenem Antrieb entwickelte Anschlussperspektiven, wie zum Beispiel eine Ausbildungsstelle.

Viele Beratungsgespräche sind von den Wünschen der Schüler*innen überlagert, irgendwie noch den Zugang zur gymnasialen Oberstufe zu erhalten. Noch im zweiten Halbjahr in der 10. Klasse entscheidet sich, ob ein Oberstufenweg möglich ist. Leider sind viele Schüler*innen erst dann einer nicht zum Abitur führenden Anschlussberatung zugänglich, wenn klar ist, dass dieser Weg ausgeschlossen ist.

In ihrer Unsicherheit bezüglich der beruflichen Zukunft sehen viele Schüler*innen das Abitur, ein Wiederholen des Mittleren Schulabschlusses (MSA) oder einen **vollschulischen Besuch** am Oberstufenzentrum im Rahmen berufsqualifizierender Maßnahmen als eine weitere Reflexionsmöglichkeit zum Ausplanen ihrer eigenen Berufsbiographie.

Der direkte Weg in die praktische Ausbildung taucht als Option häufig gar nicht erst auf. Er scheint die Schüler*innen zu ängstigen und so entscheiden sie sich nicht selten für den bekannten schulischen Weg. Außerdem braucht man halt Zeit, um dann hoffentlich mehr »durchzublicken«. Und überdies: Man hält sich noch alle Wege offen und erhält dabei unter Umständen einen Schulabschluss, der vielleicht sogar noch zum Abitur führt oder führen kann.

Als Berufsbildner zeige ich im Gespräch, wenn es sinnvoll erscheint, auch immer den beruflich-gymnasialen oder fachoberschulischen Weg an einem Oberstufenzentrum (OSZ) als Möglichkeit auf und betone die Gleichwertigkeit der Abschlüsse, wo sie besteht. Längere Fahrtwege, die Angst vor mangelnder Gleichwertigkeit der Abschlüsse und das gewohnte Umfeld führen jedoch oft dazu, dass die Schüler*innen an der eigenen Sekundarschule verweilen wollen. Dabei ständen ihnen an den Oberstufenzentren viele spannende Alternativen zur Verfügung, wie Schulfächer mit direktem beruflichen Bezug, beispielsweise Medientechnik am OSZ KIM, Wirtschaft am OSZ Bürowirtschaft 1 oder Ernährung an der Brillat-Savarin-Schule.

Insbesondere die zweijährige Fachhochschulreife wird von einigen Schüler*innen meiner Beratungsschule als »minderwertiger Ausbildungsgang« angesehen, der nur im Notfall gewählt wird. Leistungsstarke Schüler*innen mit guten Prognosen gehen diesen Weg in der Regel nicht.

Oberstufenzentren kennenlernen

Wenn die Oberstufenzentren gegenüber den Gymnasien und den Sekundarschulen mit Oberstufe, von denen ständig weitere aufgebaut werden, gegenüber eine interessante Alternative bleiben wollen, müssen sie grundsätzlich mehr mit den Schüler*innen der Sekundarschulen in Kontakt kommen, um diese für ihr Angebot zu öffnen und zu gewinnen.

Eine aus meiner Sicht sinnvolle Idee wäre es, wenn die Oberstufenzentren zentrale Besuchstage anbieten würden. An diesen Tagen könnten Jugendliche der 10. Klassen jeweils zwei Oberstufenzentren pro Tag besichtigen beziehungsweise sich mit Schüler*innen und Lehrkräften der Schule austauschen. Für die Oberstufenzentren hätte dies den Vorteil, dass sie so interessierte Schüler*innen, die ansonsten vielfach den direkten Weg in die Oberstufen ihrer eigenen Schulen gehen würden, gewinnen könnten. Für die Schüler*innen hätte dies den Vorteil, dass sie außerhalb des Tages der offenen Tür im Rahmen einer »Pflichtveranstaltung« eine neue Anschlussperspektive vor Ort kennenlernen und neugierig werden könnten.

Viele Schüler*innen, die die Voraussetzungen für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe nicht erfüllen, streben als nächsthöheren Abschluss den MSA an. Bei Nichtbestehen des MSA wird gern auch eine Extrarunde gedreht. Dies gilt übrigens auch bei bestandenem MSA, wenn der Notenschnitt für die gymnasiale Oberstufe noch nicht erreicht worden ist und im zweiten Anlauf noch erreicht werden kann. Bisher wurde zum Nachholen eines Abschlusses oft auch zum Oberstufenzentrum gewechselt.

Mit IBA wird ab dem Jahr 2019/20 flächendeckend ein Bildungsgang an den Oberstufenzentren eingeführt, dessen Ziel in erster Linie nicht der Abschluss, beispielsweise der MSA, sondern der Anschluss in eine Berufsausbildung ist. Aus diesem Grunde gibt es im Bildungsgang auch einen hohen Praktika-Anteil, der einen Übergang in Ausbildung während der Teilnahme am Bildungsgang begünstigen soll. Der Abschluss soll im Idealfall dann später im Rahmen der Berufsausbildung als Zuerkennung erworben werden. Ein Wiederholen von IBA ist nicht vorgesehen. Ein langes Verweilen im Oberstufenzentrum zum Erwerb von Abschlüssen soll so vermieden werden.

Mit IBA Anschluss finden

Ob dieses anschlussorientierte System mit hohem Praktikumsanteil die abschlussorientierten Jugendlichen, die sich noch nicht auf ein Berufsfeld hin orientiert haben, anlocken kann, bleibt abzuwarten. Vermutlich werden eher die leistungsschwächeren Schüler*innen in die IBA-Bildungsgänge wechseln. Bisher haben nur wenige Schüler*innen meiner Schule den Bildungsgang IBA freiwillig gewählt. Er war immer ein Bildungsnotnagel. Nur ein Abschaffen der Ehrenrunde in der 10. Klasse und dem gleichzeitigen Aufbau von IBA hätte eine schulverkürzende Wirkung und würde die Qualität von IBA durch den Zugang leistungsstärkerer Schüler*innen erhöhen.

Abschließend noch eine kurze Anmerkung: Wirklich wichtig wäre für uns als BSO-Teamer*innen die Chance, auch unsere Beratungskompetenz im Sinne des LKBSO zu verbessern. Hierzu gehören zum Beispiel der Ausbau und die Erneuerung des zentralen Portals *www.oberstufenzentrum.de* anstelle vieler uneinheitlicher aufgebauter Seiten der Oberstufenzentren. Darüber hinaus wäre es auch notwendig, dass die BSO-Teams regelmäßig über die unterschiedlichen Angebote der Oberstufenzentren geschult werden, beispielsweise durch die Teilnahme an einem zentralen OSZ-Tag. Mehr Informationen aus erster Hand und Gespräche mit Lehrkräften vor Ort würden dann auch eine bessere Beratungsqualität bedeuten. ■

Uwe Schafranski,
Lehrer für Wirtschaft und Rechnungswesen am Oberstufenzentrum Bürowirtschaft 1 in Berlin Steglitz

FOTO: BERTOLT PRÄCHT, GRAFIK: ARTYWAY/FOTOLIA

Akademiker*innen unter sich

Der soziale und familiäre Hintergrund bestimmt immer noch stark, wer den Weg an die Hochschule findet. Ehrenamtliche bei ArbeiterKind.de unterstützen Abiturient*innen aus einem nicht-akademischen Umfeld

von Evamarie König

Für viele Schüler*innen, die eine gymnasiale Oberstufe besuchen, ist der Weg an die Hochschule die logische Folge ihrer Bildungslaufbahn. Bildung wird in ihren Familien als hohes Gut anerkannt, das Anstrengung und Einsatz lohnt. Die Eltern und ältere Geschwister leben vor, wie ein Studium funktioniert und zeigen mit ihrem eigenen Lebenslauf, welch Perspektiven sich nach einem Studium bieten können. Junge Menschen, deren Eltern keine akademische Erfahrung haben, stehen oftmals vor einer schwierigen Entscheidung. Sie haben keine Vorbilder in ihrer Familie, die ihnen erklären können, was ein Studium bedeutet, warum ein Studium sinnvoll für sie sein kann oder wie ein Studium organisiert wird.

Personen aus Familien ohne Hochschulerfahrung sind deutlich seltener an den Hochschulen vertreten: Von 100 Schüler*innen aus Akademiker*innenfamilien, die die Hochschulreife erworben haben, beginnen statistisch gesehen 79 ein Hochschulstudium. Aus Nicht-Akademiker*innenfamilien gehen 27 von 100 Personen mit Hochschulreife studieren. Dies sind die Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) zur Hochschulbeteiligung in Deutschland, die im Mai 2018 veröffentlicht wurde.

Viele fühlen sich fremd an der Hochschule

Materielle Probleme spielen häufig eine Rolle bei der Entscheidung gegen ein Studium. Finanzierungsmöglichkeiten wie BAföG oder Stipendien sind kaum bekannt, die jungen Menschen scheuen sich, Schulden zu machen. Das Antragsverfahren für BAföG ist sehr komplex, Studieninteressierte erhalten erst spät Informationen über eine Zahlungszusage und über die Höhe der Unterstützung. Die Mehrheit der Studierenden muss hinzuverdienen, da die BAföG-Sätze nicht mehr den realen Grundbedarf abdecken. Bei Stipendien herrscht die Vorstellung, nur mit überdurchschnittlichen Noten überhaupt eine Chance zu haben. Dass es auf viele Details ankommt und beispielsweise auch soziales Engagement sehr viel zählt, wissen viele nicht.

Neben den pragmatischen Fragen zum Studium gibt es auch mentale Herausforderungen. Viele Studierende aus Nicht-Akademiker*innenfamilien fühlen sich zunächst fremd an der Hochschule. Ihnen fehlt der akademische Habitus. Sind sie irgendwann in der Hochschulwelt angekommen, haben sie sich gleichzeitig von ihrer Herkunftswelt entfernt, vielleicht sogar entfremdet. Plötzlich sind sie in beiden Milieus nicht mehr heimisch.

Ohne Zweifel ist für diese jungen Menschen die soziale Anpassungsleistung kraftraubend, neben den inhaltlichen Herausforderungen, die jedes Studium mit sich bringt. Problematisch wird es, wenn nach einer Übergangsphase kein neues Zugehörigkeitsgefühl entsteht und die*der Studierende sich gezwungenermaßen einer bestimmten Gruppe anschließt. Diesen Übergang erfolgreich zu bewältigen, schaffen daher vor allem diejenigen, die über ein hohes Maß an Flexibilität und Trennungskompetenz verfügen. Ohne soziale Pat*innen, also Dritte, die an die Stelle der Eltern oder auch Lehrer*innen treten, gelingt der Übergang nur schwer.

Es gibt andererseits Untersuchungen, die zeigen, dass manche Studierenden einen doppelten Habitus entwickeln können, das heißt sie sind in der Lage, zwischen den unterschiedlichen Sozialumgebungen zu wechseln und sich jeweils anzupassen. Im Idealfall verlieren sie nicht den Kontakt zu ihrer Umwelt und zu ihrer Familie, sondern erfahren Unterstützung, soweit das möglich ist. Entscheidend ist auch: wie geht die Familie damit um, bleibt sie neugierig und offen gegenüber Veränderungen, oder steht sie Unbekanntem eher ablehnend gegenüber?

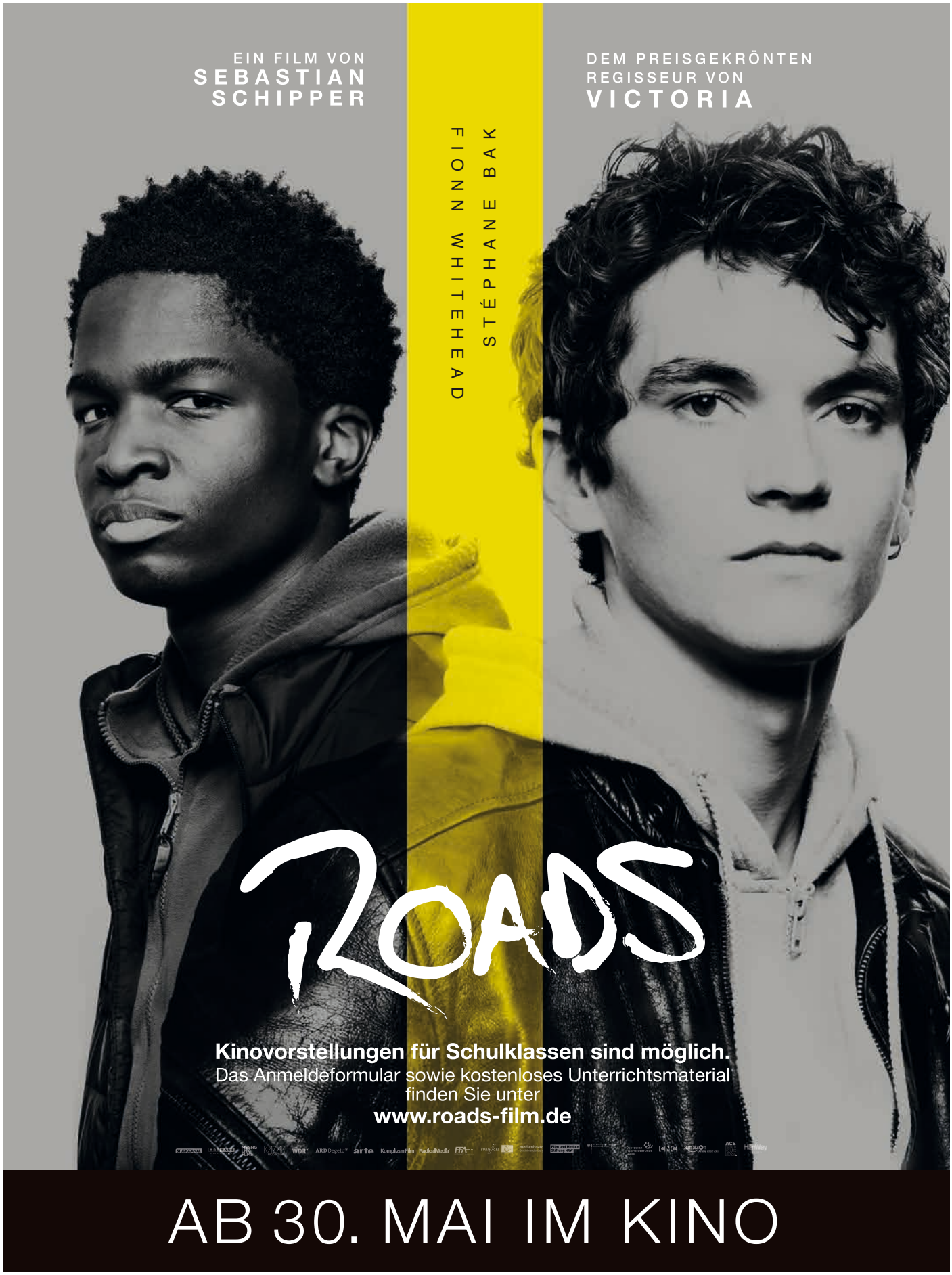
Es gibt Lösungsansätze, wie die Übergänge sanfter gestaltet werden können und der studieninteressierte Mensch durch Unterstützung und Ermutigung seinen Platz findet und am Ende in der Lage ist, sein Studium erfolgreich abzuschließen. Über 6.000 Ehrenamtliche der Organisation *ArbeiterKind.de* stellen in 75 lokalen Gruppen bundesweit ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung, sind Ansprechpartner*innen und gleichzeitig Vorbild mit ihrer eigenen Bildungsgeschichte. In einer wissenschaftlichen Evaluation wurde der Erfolg des peer-to-peer-Ansatzes nachgewiesen, dementsprechend die Mehrzahl der Mentor*innen selbst Studierende der ersten Generation sind. Sie ermutigen zum Studium und unterstützen vom Studieneinstieg bis zum Studienabschluss. Ziel ist es, den Vorsprung auszugleichen, den manche alleine durch ihre Herkunft haben, um eine gerechtere Ausgangssituation für alle zu schaffen. ■

ArbeiterKind.de unterstützt Studierende der ersten Generation. Die Ansprechpartnerin für Berlin ist Hannah Rindler, Tel.: 030-31 42 57 94, E-Mail: rindler@arbeiterkind.de

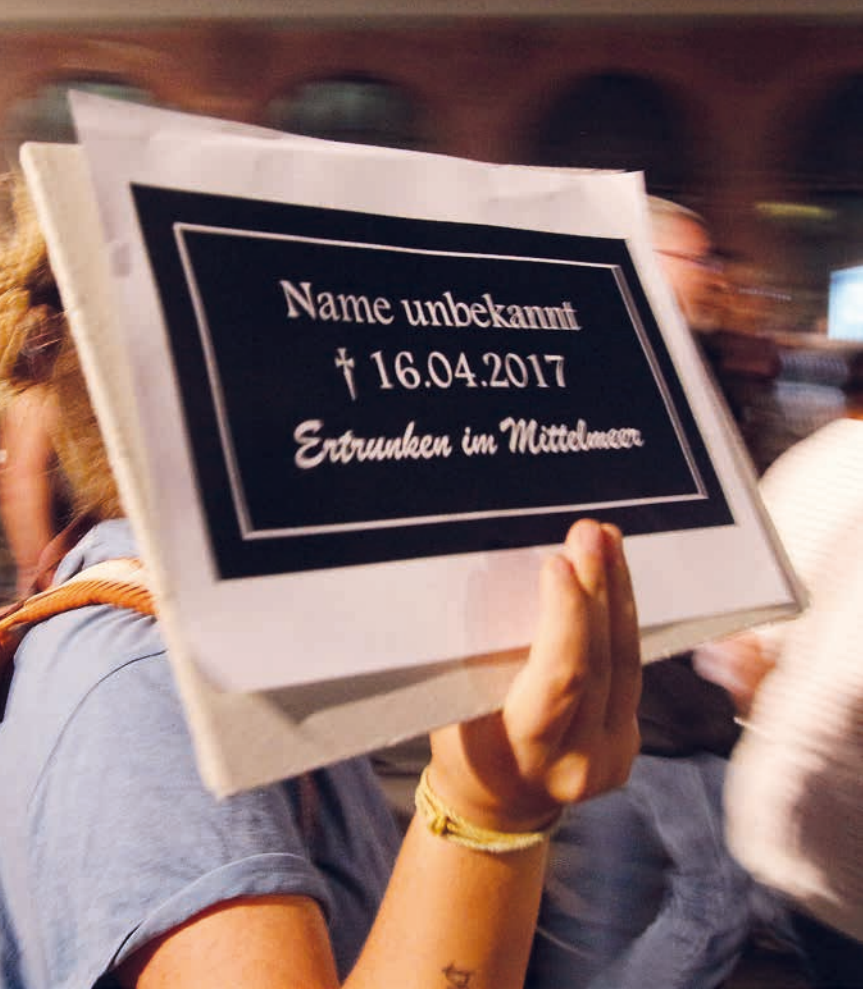
Evamarie König, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei ArbeiterKind.de

Die Fotos dieses Titels kamen mit Unterstützung unserer tollen Models Anouk, Johanna, Leni, Mischa und Pina zustande. Vielen Dank!

GRAFIK: ARTYWAY/FOTOLIA



AB 30. MAI IM KINO



Eine »Reise« nach Deutschland

Hamodis Erlebnisse erzeugen Stille im Klassenzimmer. Sein Vortrag gibt Hoffnung auf ein neues Leben

von Kerstin Horst

Heute in der Schule. Die Sprachlernklasse bereitet sich auf die mündliche Prüfung vor. Hamodi* ist an der Reihe und präsentiert sein Poster. Sein Thema: »Meine Reise nach Deutschland«. Schnell stellt sich heraus, dass das mit der »Reise« ein ziemlicher Euphemismus ist und meine Anweisung, die Zuhörenden beim Reden anzulächeln, schon nach wenigen Sätzen nicht mehr zu seinem Vortrag passt.

Türkei 2018. Hamodi berichtet seelenruhig vom Kentern seines mit 300 Personen völlig überladenen Bootes, einer »Yacht«, wie er es nennt. Er schildert in gut sortiertem Deutsch, wie er Ende Oktober mit seiner Schwimmweste drei Stunden im kalten Salzwasser ausharrt, bis endlich Rettung eintrifft. Wie die hohen Wellen die Mitglieder seiner Familie immer weiter auseinandertreiben, bis sie schließlich Blick- und Rufkontakt verlieren. Wie das zerborstene Holz ihres Schiffes die im Wasser schwimmenden Leichen durchbohrt und sich ihr Blut ins Meer ergießt. Albtraum. Irgendwann beendet er seinen Vortrag mit einem stolzen Lächeln und erklärt, dass sie die Überfahrt »nicht einmal bezahlen« mussten, weil sein Vater im Vorfeld ausgehandelt hatte, dass der Schlepper nur im Falle einer gelungenen und auch sicheren Reise sein Geld erhalten würde.

»Habt ihr noch Fragen?« Ich sitze da, beobachte die Anteilnahme seiner Mitschüler*innen und auch meine eigene. Hamodi sieht mich erwartungsvoll an. Ich soll ihm nun Rückmeldung zu Grammatik und Wortschatz geben. Irgendwie muss ich jetzt seinen Vortrag bewerten. Nur gut, dass wir uns im Vorfeld auf verbindliche Kriterien geeinigt haben. Einen Satz schiebt er nach kurzer Stille im Klassenzimmer noch hinterher: »Ich habe dieses Thema gewählt, damit die Deutschen wissen, warum wir hier sind. Entweder sterben wir im Krieg oder auf dem Meer. Oder wir versuchen, uns eine neue Zukunft aufzubauen. Aber wir haben keine andere Entscheidung.« Wie geht man mit so einer Situation um? In der Regel haben die Schüler*innen einen unbefangeneren Zugang zu diesen Themen als man selbst. Hier geht es um erlebte Realität, nicht um abstrakte Unterrichtsinhalte. Und wenn ich auch manchmal mit den vielfältigen Aufgaben in meinem Job hadere, so bin ich in diesen Momenten doch unendlich dankbar für die Erfahrungen und das Wissen, das meine Schüler*innen mit mir teilen und das ich in keinem Lehrbuch der Welt anschaulicher hätte nachlesen können. Alle Mitglieder aus Hamodis Familie haben überlebt und nutzen in Berlin ihre Chance auf ein neues Leben. ■

»Wir haben keine andere Entscheidung. Wir versuchen, uns eine neue Zukunft aufzubauen«

** Name geändert.*

Kerstin Horst, Lehrerin am Hermann-Ehlers-Gymnasium

FOTO: RALPH PETERS/IMAGO

Die EXTRA-SEITEN der *bbz*

»Ich wünsche mit laute und selbstbewusste Erzieher*innen«

Bärbel Jung über ihre GEW-Karriere und die Zeit ohne Arbeit

Das Interview führte Dieter Haase

Bärbel, wie war dein Weg in der GEW als Referentin des Sekretariats arbeitsloser Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler zur Referentin für den Bereich Sozialpädagogik und Sozialarbeit? Das waren ja beides neu eingerichtete Stellen in der GEW BERLIN.

Ich hatte schon einige Jahre Arbeitslosenarbeit in der GEW BERLIN gemacht als Norbert Hocke, damals Leiter des Vorstandsbereiches Kinder- und Jugendhilfe beim Hauptvorstand der GEW, mich fragte, ob ich Interesse an einem Honorarvertrag hätte. Der GEW-Hauptvorstand wollte mehr Mitgliederwerbung im Bereich Kitas machen. Aktuell ging es um einen angestrebten Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen, also Vor- und Nachbereitungszeiten, Personalschlüssel und Gruppengröße. Damals hatte die Berliner GEW nur wenige Mitglieder in diesem Bereich und Mitgliederwerbung war schon dringend erforderlich. Dafür wurde jemand gesucht, der oder die die Kitas abklappert, die Tarifziele und die GEW vorstellt. Norbert Hocke kam ja aus Berlin und kannte mich. Ich hatte damals nur eine halbe Stelle und habe gerne zugesagt. Zumal ich als ABM-Kraft schon mal in einer Kita gearbeitet hatte und mir das Projekt Tarifvertrag spannend erschien.

Und dann bis du losgezogen!

Genau! Und das hat sich alles sehr positiv entwickelt, denn die Erzieher*innen waren sehr stark daran interessiert, dass sich an ihren Arbeitsbedingungen endlich etwas ändert. Wir hatten also starken Zuspruch! Das ging so weit, dass es erste Warnstreiks gab und dann schließlich einen Erzwingungsstreik: Der längste Streik in der Geschichte der GEW und der Erzieher*innen! Es waren über 5.000 Kolleginnen und Kollegen aktiv, die 396 Kitas bestreikt haben!

Wie man sieht lassen sich die Berlinerinnen von der großen Stadt nicht einschüchtern: Bärbel Jung (2.v.l.), Beate Hadjew (Abteilung KiJuSo, 2.v.r.), Christiane Weißhoff (Vorstand KiJuSo, rechts) und Marion Leibnitz (Vorsitzende Gesamtpersonalrat, links) am Rande des Labor Day im September 2012 in New York. FOTO: GEW

DER KITA-STREIK

Nach Warnstreiks Ende 1989 wurde im Januar 1990 der unbefristete Streik ausgerufen. Ziel war der Abschluss eines Tarifvertrages über die Arbeitsbedingungen: Gruppengröße, Personalschlüssel, Vor- und Nachbereitung sowie Fort- und Weiterbildung sollten verbindlich festgelegt werden. Nach zwölf Wochen, der längste Streik im öffentlichen Dienst, wurde der Streik am 27. März 1990 ergebnislos abgebrochen. Erst 20 Jahre später konnte eine verbesserte Personalausstattung an den Kitas erreicht werden.

Näheres auch in der blz vom Dezember 2009: www.gew-berlin.de/1297_1473.php

Was sicher auch gut für die Entwicklung der Mitgliederzahlen war!

Das stimmt, wir haben damals sehr viele Mitglieder gewonnen. Hinzu kam noch die Wende, wodurch viele Erzieher*innen der Ostberliner Bezirke in die GEW kamen und der sozialpädagogische Anteil in der Mitgliedschaft stark wuchs. Die mussten aber auch alle betreut werden. So hatte der Vorstand beschlossen, eine Referent*innenstelle einzurichten. Und da ich ja nun die ganze Zeit dabei war, gewissermaßen kampferprobt, wurde ich gefragt, ob ich das machen will. Logisch wollte ich! Das war und ist ein spannender Be-

reich, eine sehr interessante Arbeit mit vielen netten Kolleginnen und Kollegen. Und die Arbeitslosenarbeit ist auf die Dauer nicht gerade erhebend…. Außerdem war ich froh, eine Vollzeitstelle zu bekommen.

*Nun ist ja auch ver.di, damals als ÖTV, in diesem Bereich als Konkurrent*in tätig. Wie konnte die GEW dagegen bestehen?*

Die ÖTV war ja von ihrem Verständnis her keine Organisation, die sich explizit als Bildungsgewerkschaft verstand. Sie hatten auch diesbezüglich kein Programm und Plan. Es war die kleine GEW, die so etwas gemacht hat. Außerdem haben wir unsere Mitglieder immer sehr intensiv informiert und dafür großen Zuspruch und letztlich viele Mitglieder bekommen. Unsere Positionen, die sich zum Teil vor allem gegen Ende des Streiks von denen der ÖTV unterschieden, wurden von vielen Kolleginnen und Kollegen geteilt. Wir standen insgesamt gut da, was man auch auf der letzten Vollversammlung des Streiks im ICC mitbekam: Der ÖTV-Vorsitzende Kurt Lange wurde ausgebuht, Erhard Laube als GEW-Vorsitzender bekam donnernden Applaus! Allerdings hat sich ver.di seit dieser Zeit auch gewandelt.

Wie kann man sich die Situation damals vorstellen?

Nehmen wir mal die Personalversammlungen, wo wir in den neunziger Jahren auf der Redeliste immer nach hinten geschoben wurden, weil die Personalräte von der ÖTV dominiert wurden. Da gab es schon den einen oder anderen Konflikt. Schließlich mussten die ÖTV feststellen, dass ihr Verhalten auch von den eigenen Mitgliedern nicht toleriert wurde. Heute läuft das eher gleichberechtigt ab, da wird gefragt oder verhandelt und nicht einfach durchregiert. Außerdem macht bei fast allen inhaltlichen Entwicklungen die GEW die Vorschläge, ver.di steigt allenfalls später mit ins Boot.

Welche Gründe gibt es noch, die die GEW attraktiv machen?

Der wichtigste Grund, weswegen viele in die GEW eintreten, ist natürlich, dass sie ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen verbessern wollen. Und selbstverständlich auch, um gewerkschaftlichen Schutz bei Problemen am Arbeitsplatz zu erhalten. Für die Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen spielt ja eine Aufwertung ihrer Arbeit eine große Rolle. Dazu gehört auch, dass man materiell bessergestellt wird. Denn von warmen Worten allein, kann niemand die Miete bezahlen. Außerdem haben wir seit 15, 20 Jahren auch sehr stark die Fortbildungsangebote für Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen ausgeweitet. Diese Seminare werden immer sehr gut nachgefragt. Und, wie gesagt: Wir haben immer einen großen Wert darauf gelegt, aktuell zu sein und alle Mitglieder gut und regelmäßig zu informieren und auch zu Veranstaltungen einzuladen. Das fing schon damals im Streik 1989/90 an, als wir die Streikzeitung herausgegeben haben. Durch diese regelmäßigen Infos ergibt sich natürlich auch ein relativ enger Kontakt der Mitglieder zur GEW.

Bärbel Jung ist in Berlin-Neukölln aufgewachsen. Nach dem Studium an der FU, dem Referendariat und der damals obligatorischen Arbeitslosigkeit für Leute mit Deutsch und Sozialkunde hat sie andere Lebensbereiche durch ABM-Stellen in einem heilpädagogischen Mädchenheim und als »Hilfs-Erzieherin« in einer Berliner Kita kennengelernt. In der GEW war sie in der Studierendengruppe aktiv und engagierte sich im »Ausschuss arbeitsloser Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler« (AaLEW). Von 1983 bis zum Kitastreik war sie Referentin im »Sekretariat arbeitslose Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler« (SaLEW) der GEW BERLIN und dann bis zur Verrentung im Mai 2017 Referentin des Vorstandsbereiches »Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit«.

Der Wechsel von einem in den anderen Bereich ging aber für dich ohne Probleme vonstatten?

Ja, was natürlich auch an der guten Unterstützung durch Norbert Hocke und der vieler anderer Kolleginnen und Kollegen lag, die mich als »Quereinsteigerin« und Fachfremde außerordentlich nett in ihre sozialpädagogischen Reihen aufgenommen haben. Und seit Beginn der neunziger Jahre habe ich dann vor allem mit Christiane Weißhoff und Andreas Kraft und in den letzten Jahren mit Doreen Siebernik eng und gut zusammengearbeitet. Das hat mir die Arbeit sehr erleichtert. Es gab natürlich auch außerhalb des Vorstandsbereiches Jugendhilfe viele Kolleginnen und Kollegen in der GEW BERLIN, mit denen ich gern zusammengearbeitet habe. In den vielen Jahren hat sich die GEW schließlich doch noch von der reinen Lehrer*innengewerkschaft in Richtung Bildungsgewerkschaft entwickelt. Obwohl ich oft dachte und immer noch denke: Wird das überhaupt noch mal was? Gleichzeitig wünsche ich mir, dass die Erzieher*innen innerhalb der Organisation lauter und selbstbewusster auftreten, ihre Zurückhaktung endlich ablegen.

Welcher Teil deiner Arbeit als Referentin hat dir am besten gefallen? Tarifarbeit, Fortbildung, Seelsorge am Telefon?

Das kann ich gar nicht so trennen, denn alles gehörte ja irgendwie zusammen. Bei einer guten Betreuung und einer guten Entwicklungsarbeit kann das eine nicht ohne das andere funktionieren. Wobei wir einen sehr starken Schwerpunkt beim Thema Arbeitsbedingungen haben. Besondere Freude hatte ich aber immer bei Demos, Streiks, großen Veranstaltungen – also dann, wenn es die Chance gab, etwas zu bewegen.

*Inzwischen geht es vor allem darum, überhaupt noch Personal zu bekommen. Seit wann fordert die GEW eigentlich, dass mehr Erzieher*innen ausgebildet werden sollen?*

Ach, das fordern wir seit mehr als zehn Jahren. Wir hatten auch belastbare Berechnungen über die benötigte Zahl der künftigen Erzieher*innen. Trotzdem wurde uns von der Senatsverwaltung und vielen Medien vorgehalten, wir würden übertreiben, alles sei nur Propaganda. Dabei haben wir noch untertrieben, wenn man die heutige Situation sieht. Dabei geht es nicht nur darum, dass man mehr Leute hätte ausbilden müssen, sondern ebenfalls darum, dass man den Beruf durch bessere Bezahlung und Arbeitsbe-

dingungen attraktiver hätte gestalten müssen. Dann wäre zum Beispiel durch eine längere Verweildauer der Erzieher*innen im Beruf die Lücke nicht so groß, wie sie jetzt ist. Vor allem wären jetzt mehr Menschen motiviert, den Beruf zu ergreifen.

Jetzt mal wieder zurück zu dir. Dein Rentenbeginn liegt ja noch gar nicht lange zurück. Hast du dich inzwischen schon erholt vom stressigen Arbeitsleben?

Eineinhalb Jahr bin ich jetzt Rentnerin. Aber ehrlich gesagt: So schlimm war das Arbeitsleben auch nicht, dass ich mich davon jetzt mühsam hätte erholen müssen. Ich befürchtete anfangs sogar, dass mir die GEW fehlen würde. Das ist aber erfreulicherweise so nicht eingetreten. Die Umstellung aufs Rentnerinnendasein ging erstaunlich schnell und problemlos. Ich habe ja im Mai aufgehört, da war es schon Sommer und das Prinzenbad war auf, was mir natürlich sehr gefallen hat. Ich kann mir ja jetzt sogar noch etwas Zeit lassen beim Rundendrehen im Wasser, weil ich nicht mehr zur Arbeit muss. Das ist schon schön.

Stehst du immer noch so früh auf?

Na ja, nicht ganz. Ich bin jetzt nicht schon um 7 Uhr da wie früher, sondern ein bisschen später, so um 8 oder 9 Uhr. Dann habe ich immer noch Zeit, mich mit Leuten zu treffen. Außerdem reise ich jetzt mehr herum, mache Radtouren.

Du bist viel in Osteuropa unterwegs, oder?

Stimmt, das hat mich immer interessiert. Schon als Schulkind habe ich fasziniert in meinem Atlas das Baltikum angeschaut und wollte da mal hin. Jetzt war ich schon in Polen, Weißrussland, Ukraine, Bulgarien und Rumänien – und natürlich auch ein paar Mal im Baltikum. Und im Sommer 2018 war ich in Sibirien am Baikalsee, da wollte ich auch schon immer hin. Dort war ich natürlich ohne Fahrrad.

Liegt dein Hang zu Osteuropa vielleicht daran, dass du Wodka-Liebhaberin bist?

Eher umgekehrt. Auf den Wodka bin ich erst in Osteuropa gestoßen und habe festgestellt, dass er mir schmeckt. Ich bin inzwischen Expertin und kenne rund 15 verschiedene Sorten. Erstaunlich, welche Unterschiede es da gibt zwischen den Sorten und den Herkunftsländern. So habe ich auch mittlerweile eine ansehnliche Zahl unterschiedlicher Flaschen zu Hause.

Gut. Das wollen wir jetzt nicht weiter vertiefen. Besten Dank für das Gespräch.

DER RUHESTAND KOMMT SCHNELLER ALS DU DENKST

Ob die letzte Berufsjahre sich zäh dahin ziehen oder wie im Flug vergehen, plötzlich ist es soweit. Die GEW bietet Möglichkeiten, diesen neuen Lebensabschnitt in guter Gesellschaft zu genießen. Wir treffen uns in vielfältigen Zusammenhängen. Die meisten Termine findet man auf der GEW-Seite und in der *bbz* auf der vorletzten Seite.

Zum Beispiel den Stammtisch für GEW-Ruheständler*innen: Im März fand er zum 50. Mal statt – und immer am vierten Mittwoch des Monats von 14.30 bis16.30 Uhr. Damit etwas Kneipenatmosphäre in die ungewöhnliche Stammtischzeit kommt, treffen wir uns im Café »Ulrichs« gegenüber dem GEW-Haus. Im Laufe der Zeit hat sich folgende Struktur entwickelt: Wir einigen uns auf ein Gesprächsthema für die erste Stunde, das mit der Einladung angekündigt wird.

Das Themenspektrum ist groß und reicht von gesellschaftspolitischen Berichten über Ehrenamtsprojekte bis zu »altersgerechten« Themen wie »Gedächtnis im Alter«. Für die Vorbereitung wird jeweils eine Verantwortliche benannt. Ein Highlight war beispielsweise, dass wir Auszubildende der Telekom gewinnen konnten, uns bei der Benutzung von Smartphones zu unterstützen.

Der Stammtisch ist ein Treffpunkt für GEW-Kolleg*innen mit Ideen. Ein Literaturkreis hat sich daraus entwickelt und zeitweise hat eine Stammtischgruppe eine Bücherbox betreut. Sehr schnell hat sich aus unseren Reihen eine Ausflugsgruppe entwickelt, in der jede*r Ideen umsetzen und immer in guter Gesellschaft in Berlin und Brandenburg unterwegs sein kann. Das Spektrum reicht vom gemeinsamen Kinobesuch über Ausstellungsbesuche oder Tagesausflüge per Bahn oder Rad bis zu mehrtägigen Unternehmungen. Diese Termine erfährt man aber nur, wenn man im Stammtisch- oder Ausflugsverteiler ist. Zwei Stammtischlerinnen koordinieren dieses lebendige Netz per Mail. Interessierte können sich im GEW-Haus mit dem Stichwort: Stammtisch für GEW-Ruheständler*innen melden und bekommen dann die Einladung per Mail. *Monika Rebitzki*

Feierstunde für Helge, das älteste Mitglied des GEW-Ruheständler*innen-Stammtischs FOTO: GEW

GEW SEMINAR »FIT FÜR DEN RUHESTAND«

Der Ruhestand erfordert eine Anpassung an die neue Situation. Viele Ideen, Projekte schwirren im Kopf. Doch was ist realistisch? Mit wem kann ich mich da-

rüber austauschen? Das GEW Seminar »Fit für den Ruhestand« unterstützt diesen Übergang in den neuen Lebensabschnitt. Wie sieht das konkret aus? Wir zeigen das am Beispiel unserer Gruppe aus 12 Teilnehmer*innen, die sich monatlich von Oktober 2018 bis März 2019 getroffen haben. Durch den Austausch mit den erfahrenen Senior*innen Monika Rebitzki und Reinhard Selka gab es die Möglichkeit, über das Leben im Alter mit seinen verschiedenen Facetten zu sprechen. Dabei bildeten sich folgende Schwerpunkte heraus:

• Welche Schritte sind für Antrag und Prüfung der Rente/ Pension erforderlich?
• Welche Möglichkeiten bieten haupt- und ehrenamtliche Arbeit nach Renteneintritt?
• Wie komme ich mit den finanziellen Einschränkungen zurecht?
• Wie halte ich mich geistig und körperlich fit? – Ergebnisse der Altersforschung
• Wie kann ich gewonnene Zeit gestalten? – Zukunftsträume / Mein nächstes Projekt im Ruhestand
• Wie vollzieht sich das Lernen im Alter? Weiterbildungsangebote für Senior*innen
• Wie erhalte ich berufliche und private Freundschaften?

Wir haben in diesen sechs Monaten sehr viele Infos erhalten und ein Stück Entschleunigung erfahren. Die Begleitung der individuellen Verabschiedungen aus dem Arbeitsleben und das Ankommen im Ruhestand nahmen dabei einen großen Raum ein. Wir können uns nun weiter treffen, gemeinsame Hobbies teilen und auch den Erfahrungsaustausch im kleinen Kreis fortsetzen. Ein herzlicher Dank an Monika Rebitzki und Reinhard Selka!

KREATIVE POTENZIALE DES ALTERS

Theatergruppen speziell mit älteren Menschen haben in Berlin schon eine lange Tradition. Ihre fantasievollen Namen wie *Theater der Erfahrungen* und Werkstatt der alten Talente weisen häufig darauf hin, dass hier Akteur*innen ab 50plus den Ton angeben. Im Werkstattbereich »Kreative Potenziale«, der 2006 gestartet wurde und in dem besonders die »jungen Alten« aktiv sind, nennt sich eine Gruppe im Nachbarschaftsheim Friedenau *die Grauen Stars*, eine weitere Gruppe firmiert als die Grünen Stars. Und in Lichtenrade gibt es die Gruppe Fallobst. Die schwul-lesbische Theatergruppe in Charlottenburg heißt *Rosa Falten*. Weitere Gruppen gibt es im Nachbarschaftshaus Neukölln mit der mehrsprachigen Theatergruppe *Sultaninen* und im Stadtteilzentrum Pankow mit den *Weisen Sehern* und den *PanCHORanern*. Im Pfefferwerk Prenzlauer Berg agieren die *Pfefferstreuer* und in Schöneberg der *Friedenauer Trommelwirbel*.

Einmal im Jahr werden die Aktivitäten an einem Kreativtag für alle Generationen gebündelt, der immer in einem anderen Bezirk und Nachbarschaftszentrum stattfindet. Alle Neugierigen und Nachbarn, ob jung ob alt, werden eingeladen zu Workshops und Improvisationstheater oder Chorgesang. Für viele ein Schnupperkurs, für einige der Einstieg in ein kreatives Engagement. Der im Jahr 2006 gestartete Kreativtag hat sich zu einem Dauerbrenner entwickelt und wandert sehr erfolgreich durch die verschiedenen Bezirke. Dahinter steckt die Idee, gemeinsam mit den lokalen Einrichtungen Menschen unterschiedlichen Alters miteinander ins Spiel zu bringen – immer woanders und immer anders. Gerade hat am 12. April 2019 im Nachbarschaftshaus Urbanstraße in Kreuzberg der diesjährige Kreativtag stattgefunden

Quelle: https://theater-der-erfahrungen.nbhs.de/kreative-potenziale-des-alters

ABSCHIED VOM ALTEN DGB-GEWERKSCHAFTSHAUS

Direkt nach dem Mauerbau wurde am 23. August 1961 mit dem Bau des Gewerkschaftshauses des Berliner DGB begonnen. Inzwischen ist das Gebäude schon fast abgerissen und soll durch einen Neubau ersetzt werden, in den dann neben den bisherigen Mietern ab 2020 auch die DGB-Bundesvorstandsverwaltung einziehen soll, deren 170 Beschäftigte derzeit noch am Hackeschen Markt untergebracht sind. Die Einweihung des Gewerkschaftshauses wurde am 5. Mai 1964 mit Reden des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt und des DGB Bundesvorsitzenden Ludwig Rosenberg gefeiert, der das Haus zur »Schutz- und Trutzburg der Freiheit« ernennt. Die Vision für das Haus ist, dass in einem wiedervereinigten Deutschland der DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg hier seinen Platz haben soll. Am 18. Januar 1969 wird das DGB-Haus Schauplatz von Auseinandersetzungen mit der APO, bei denen Scheiben zu Bruch gehen.

WEITERARBEITEN ODER RENTENANTRAG STELLEN

Mehr als 200.000 Rentner*innen arbeiten sozialversicherungspflichtig, fast 900.000 haben einen Minijob. Der Ratgeber »Länger arbeiten« des Bundespresseamtes gibt Antworten auf wichtige Fragen zur Weiterarbeit im Rentenalter und stellt grundlegende Regelungen zusammen. Der Ratgeber soll es so leichter machen, im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber die persönlich am besten passende Entscheidung zu treffen. Laut Deutscher Rentenversicherung Bund (DRV) erhöht ein zusätzliches Arbeitsjahr ohne Rentenbezug für eine*n Durchschnittsverdiener*in die spätere Rente um rund 100 Euro monatlich. Im Jahr sind das zwischen 1.200 Euro und 1.300 Euro mehr an Rente. Rentner*innen, die weiterarbeiten und weiter in die Rentenkasse zahlen, können ihre Rente um bis zu neun Prozent jährlich steigern. Für weiterarbeitende Rentner*innen bedeutet diese Variante aber auch, dass ihr zu versteuerndes Einkommen steigt. Es ist nicht leicht herauszufinden, welcher Weg der bessere ist: Lohnt es sich, einfach weiterzuarbeiten ohne den Rentenantrag zu stellen? Oder fährt man besser, offiziell in Rente zu gehen und zu arbeiten? Die DRV berät ausführlich und individuell.

ÄLTERE MENSCHEN UND DIGITALISIERUNG

Die Bundesregierung hat den achten Altenbericht in Auftrag gegeben. Eine unabhängige Kommission aus zehn Wissenschaftler*innen nimmt die Arbeit zum Schwerpunktthema »Ältere Menschen und Digitalisierung« auf. Ziel ist es, herauszuarbeiten, »welchen Beitrag Digitalisierung und Technik zu einem guten Leben im Alter leisten können und welchen Nutzen und Mehrwert dies für ältere Menschen hat. Zugleich sollen die gesellschaftlichen, sozialen und ethischen Fragen beleuchtet werden, die eine Technisierung des Alltags älterer Menschen mit sich bringt. Der Expert*innenbericht soll bis November 2019 vorliegen, teilte das Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit.

Das Herz jeder Schule

Schulbibliotheken bieten enormes Potenzial für Berliner Schulen. Leider hat die Politik es bisher versäumt, sie personell und finanziell zu unterstützen

von Jana Haase und Ute Heller

Farbe, Luft und Licht, Sitzsäcke, Sofas, Kuschelecken. Bunt und variabel ist sie, die Schulbibliothek 4.0. Hier gibt es Bücher, digitale Medien und noch viel mehr. Flexible Raumkonzepte ermöglichen sowohl individualisiertes als auch gemeinsames Arbeiten in entspannter Atmosphäre, medienpädagogisch ausgebildetes Personal unterstützt dabei, Fakten und Fakes zu unterscheiden. Kontakte knüpfen, Informationen recherchieren, Quellen bewerten, das alles ermöglicht die Schulbibliothek 4.0. Niedrigschwellig sind diese Bibliotheken, einladend und inklusiv. Schulbibliotheken bieten Aktionsraum für Lesepat*innen und Lerntandems, laden Eltern und Kinder zum Bilderbuchkino ein und unterstützen die Lehrkräfte bei der Arbeit mit Lernplattformen und bei der Erstellung und Publikation von Open Educational Resources.

Was meinen Sie: Fakt oder Fake? Fake? – Nein, in der Koalitionsvereinbarung der rot-rot-grünen Berliner Regierungskoalition heißt es: »Bestand und Betrieb von Schulbibliotheken werden durch ausreichende Finanzierung und ein tragbares Personalkonzept abgesichert und erweitert sowie die Einrichtung einer gemeinsamen IT-Lösung gefördert.« Also bald Fakt? Noch nicht, im Doppelhaushalt 2018/19 wurden Schulbibliotheken nicht berücksichtigt; die Koalition hat also nur noch die Chance, im nächsten Haushalt 2020/21 ihr Versprechen einzulösen.

Dabei bietet gerade die Verknüpfung von Koalitionsvereinbarung und Digitalpakt die Möglichkeit, in Berlin flächendeckend moderne Schulbibliotheken aufzubauen und so für Medienkompetenz nicht nur bei allen Schüler*innen, sondern auch bei Lehrkräften zu sorgen. So sieht es auch die Koalition. Der damalige Staatssekretär für Bildung, Mark Rackles, sagte auf dem Bibliothekartag 2018 zu, dass Berlin Gelder aus dem Digitalpakt auch für die Grundausstattung von Schulbibliotheken verwenden werde.

Und Berlin wäre in der Lage, diese Pläne schnell umzusetzen, denn schon jetzt haben über 60 Prozent der öffentlichen Schulen Berlins eine Schulbibliothek. Entstanden sind diese aus der Initiative von Eltern, Lehrkräften oder Schulleitungen, die erkannt haben, welche Bereicherung für das Lernen und das Schulleben von diesem Ort ausgeht. Deren Know-How bietet eine gute Basis, um die anstehenden Herausforderungen nachhaltig zu bewältigen.

Bibliothekar*innen kennen sich auch mit digitalen Medien aus

Zusammengeschlossen sind viele dieser Bibliotheken in der AGSBB e.V., einer Arbeitsgemeinschaft, die die vorhandenen Kompetenzen bündelt, für Erfahrungsaustausch zwischen den Bibliotheken sorgt und die Arbeit der Schulbibliotheken öffentlich sichtbar macht. Gerade hat die Mitgliederversammlung der AGSBB e.V. das Selbstverständnis ihrer Arbeit zusammengefasst. Schulbibliotheken sind pädagogische »Werkstätten«, die dazu beitragen, den Digitalisierungsprozess zu lenken. Fest in die schulischen Strukturen integriert, bilden sie das Herz jeder Schule.

Die Expert*innen, die dort häufig schon lange tätig sind, sind versiert in der Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz. Sie kennen sich mit Recherche und Urheberrecht aus, sie sind in der Lage, analoge und digitale Medien bereit zu stellen und bei deren kompetenter Nutzung zu unterstützen. Medien sind dann nicht einfach irgendwo abgestellt oder auf einem Serverplatz versteckt, sondern sie bekommen einen Ort in der Schule. So erhält die Schulgemeinschaft einen handlungsoffenen Begegnungsraum, dessen niedrigschwelliger Zugang für inklusive Nutzung prädestiniert ist. Schulbibliotheken ermöglichen so allen selbstbestimmtes Lernen.

Leider hat die Politik es bisher versäumt, diese Strukturen personell und finanziell zu unterstützen. So leisten zurzeit vor allem Frauen, meist unter- oder unbezahlt, diese wertvolle pädagogische Arbeit. Die AGSBB zeigt dagegen, wie die Umsetzung eines berlinweiten schulbibliothekarischen Konzepts dennoch in kurzer Zeit möglich ist. Dafür muss vor allem eine Infrastruktur bezirklicher Kompetenzzentren, die die lokalen Schulbibliotheken fachlich unterstützen, geschaffen werden. Liebe Verantwortliche, halten Sie Wort, schaffen Sie Fakten für die Schulbibliothek 4.0! ■

Jana Haase, Diplombibliothekarin und Vorstandsmitglied der AGSBB e.V.
Ute Heller, Lehrerin an einem Oberstufenzentrum und Mitglied der AGSBB e.V.

FOTO: CHARLOTTE VON BAUSZNERN

Smarte Lehrkräfte

Was es heißt, Lehrkraft im digitalen Zeitalter zu sein

von Joscha Falck

Digitalisierung hat Konjunktur. Das Megathema beflügelt Zukunftsforscher*innen, Konzerne, Journalist*innen, Philosoph*innen, Bürger*innen und Politiker*innen. Gleichzeitig verunsichert es: Wohin sich die digitale Gesellschaft entwickeln wird, vermag niemand zu sagen. Der Diskurs reicht von Schreckensbildern einer digitalen Diktatur wie in China über die von Richard David Precht formulierte neue große Arbeitslosigkeit bis hin zu einer von Yuval Harari prophezeiten neuen Schicht der Nutzlosen, die, von ihrer Kaufkraft abgesehen, überflüssig ist.

Utopien gibt es freilich auch. Nicht zuletzt im Bildungswesen erhofft man sich durch bessere Ausstattung mit digitalen Geräten moderneren und besseren Unterricht. Die Politik will Schulen, Städte und Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Zuletzt gelang es dem Bund mithilfe einer Grundgesetzänderung zum Digitalpakt, Finanzhilfen zur Digitalisierung der Bildung freizugeben. Bedenken gab es zuvor aus einzelnen Ländern: Gegen eine Aushöhlung des föderalen Systems und letztlich gegenüber den Kosten, an denen man sich nun in nicht unerheblichem Ausmaß beteiligen muss. Nicht angezweifelt wurde hingegen die Notwendigkeit, Schulen mit digitalen Geräten auszustatten. Deutschland hinke bei der Digitalisierung insgesamt und vor allem im Bildungswesen hinterher, heißt es über alle Parteigrenzen hinweg.

Eigene Medienkompetenz ist gefragt

Auch wenn Schulen auf Finanzmittel des Bundes weiter warten, werden mehr und mehr mit digitalen Klassenzimmern ausgestattet und Tablets halten Einzug in den Schulalltag. WLAN fehlt zwar vielerorts noch, gilt aber in der Debatte um zukünftige Formen der Bildung als obligatorisch. Die Dauerpräsenz des Themas führt verstärkt zu Fortbildungen. Es gibt wohl keine Schule, die im letzten Schuljahr nicht auf mindestens einer Konferenz über Medienkonzepte und Digitalisierung sprechen musste. Schulleitungen kommen erst recht nicht daran vorbei. All das verändert uns Lehrkräfte und unsere Schulen. Welche Trends lassen sich hier schon heute ablesen, erahnen und auch befürchten? Was bedeutet es, Lehrkraft im digitalen Zeitalter zu sein?

Die Schulleitungen stehen unter enormen Druck, Digitalisierung als ein Thema schulisch umzusetzen, das politisch und nicht zuletzt auch wirtschaftlich motiviert ist. Sie sitzen dabei zwischen allen Stühlen, sind mit großen Erwartungen konfrontiert und sehen sich gleichzeitig Gegner*innen, Zweifler*innen und Skeptiker*innen gegenüber, die auch mitgenommen werden wollen. Schulleitungen müssen heute in noch nie dagewesenem Ausmaß Standortmanagement betreiben. Keine Schule möchte abgehängt werden und der Kampf um Schüler*innen wird letztlich auch über die zügig eingerichteten Tablet-Klassen geführt.

Demgegenüber wissen die Lehrkräfte um die Erwartungshaltung ihren Unterricht um Aspekte der Medienbildung zu erweitern. Dass Medienbildung als Querschnitts-

FOTO: SYDA PRODUCTIONS/ADOBESTOCK

aufgabe über alle Fächer hinweg verstanden wird, zeigt sich in den neuen Rahmenlehrplänen. Das bedeutet aber auch, dass Lehrkräfte selbst medienkompetent sein müssen oder diese Kompetenz schleunigst erwerben sollten. Die Bandbreite an Themen ist riesig. Für viele Lehrkräfte sind Bereiche wie Informatik und Programmieren jedoch schlicht fremd. Sie sind Expert*innen auf den Gebieten der Pädagogik und der Didaktik. Doch jetzt kommt eine technische Ebene hinzu, die sich sowohl mit der einen als auch mit der anderen Ebene verzahnen wird.

Skills für das 21. Jahrhundert

Viele Kolleg*innen fragen sich, wie und wann das alles neben den anderen Herausforderungen zu bewältigen sei. Die digitale Avantgarde der Bildungslandschaft beantwortet diese Frage auf gut gemeinte, aber dennoch zynische Art: Lehrkräfte im 21. Jahrhundert brauchen ein bestimmtes Mindset: eine offene, neugierige und zugleich kritische Grundhaltung gegenüber der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens. Darüber hinaus sei Vernetzung angesagt. Und man müsse sich mit der Frage auseinandersetzen, wie Bildung im 21. Jahrhundert auszusehen habe. Konsens ist derzeit das Modell der 4 K's: Kommunikation, Kooperation, Kreativität und kritisches Denken. Rechtschreibung, Lesen und Schreiben fehlen. Das mag auf den ersten Blick überraschen. Dennoch wissen wir nicht, ob die Digitalisierung diese »alten« Fähigkeiten noch als Voraussetzung für ein erfolgreiches Leben bestehen lassen wird. Wichtiger erscheint eine andere Frage: Verfügen wir Lehrkräfte selbst über diese Skills? Wie haben wir diese Skills erlernt und wie lassen sie sich unterrichten? Und wenn wir sie erst lernen müssen, wo und mit wem gelingt dies?

Digitalisierungsfans versprechen sich vom Technikeinsatz kreative Arbeitsformen, effizient gestaltete Zusammenarbeit, Austausch über prozessorientierte Aufgabenstellungen und kritische Reflexion der Mediennutzung, die auch ins Private wirken soll. Sie argumentieren mit einer Vielzahl passender Apps, die Eingang in den Unterricht finden sollen. Diese Apps sind in großer Zahl auf dem Markt und für alle Betriebssysteme und Geräte zu finden. Die Bandbreite ist unübersichtlich, die Herkunft der dahinterstehenden Firmen oft unklar und deren Geschäftsmodelle basieren in der Regel auf dem Rohstoff des 21. Jahrhunderts: Unseren Daten. »Appification« und »Gamification« kommen trotzdem in unseren Klassenzimmern an.

Was heißt all das für die Lehrkraft im digitalen Zeitalter? Überspitzt ausgedrückt behält sie den Überblick und vermag, Hype und Trends von sinnvollen didaktischen Erweiterungen zu unterscheiden. Sie erkennt den Mehrwert für ihre Schüler*innen und weiß, die Kultur der Digitalität mitsamt einem weit über die Schule hinausreichenden Leitmedienwechsel im Unterricht abzubilden. Ihr gelingt das, weil sie keine Einzelkämpfer*in, sondern lokal, regional, national und vielleicht sogar international vernetzt ist. Zunehmende Innovationsdynamik ängstigt sie nicht. Im Gegenteil, es spornt sie an und sie ist trotz des hohen Tempos gleichzeitig am Puls der Zeit und dabei psychisch gesund und ausgeglichen. Die Lehrkraft von morgen absorbiert und produziert eine Menge an Daten und kann Software zur eigenen Effizienzsteigerung mühelos einsetzen. Sie lässt sich beinahe gläsern in die Karten schauen und lebt den Geist des Sharings. Sie ist davon überzeugt, ihren Schüler*innen Zugang zur Bildung des 21. Jahrhunderts ermöglichen zu müssen. Und sie weiß, dass es dabei hauptsächlich auf sie ankommt und die Technik allein noch keinen besseren Unterricht macht. Und auch wenn kaum ein*e Vorgesetzte*r diese Ansprüche so direkt an Lehrkräfte stellen würde, schweben sie doch spürbar durch die Konferenzen und Fortbildungen. Das macht etwas mit Kollegien und mit dem Berufsstand: Von Verweigerung bis hin zu unkritischem Enthusiasmus erleben wir die unterschiedlichsten Reaktionsweisen. Die persönliche Veränderung wird dabei zu wenig diskutiert, Erwartungshaltungen kaum reflektiert und Ängste schon gar nicht zugegeben.

Die digitale Spaltung droht

Sicher ist, dass bei dieser Entwicklung nicht alle mitkommen. Kollegien drohen im Sog der Digitalisierung in Lager zu verfallen, wobei die Gräben größer als früher sind. Es würde mich nicht wundern, wenn diese Gräben Konflikte und Spaltung nach sich zögen. Eine Spaltung, die die nächsten Jahre mit Schul- und Teamentwicklung bearbeitet werden müsste.

Die digitale Spaltung droht sich auch auf die Schüler*innen zu übertragen. Zunehmend digitaler Unterricht kommt vor allem leistungsstarken Schüler*innen zugute, weil er auf Selbstständigkeit und Kreativität fußt. Bevorteilt sind wie immer diejenigen, die Medien- und Gerätekompetenz schon von zu Hause mitbekommen. Andere werden noch schneller als bislang abgehängt – inhaltlich und, weil sie vielleicht nicht mit leistungsstarken Geräten mithalten können, wenn ihre Schule auf das »Bring Your Own Device«-Modell setzt. Das Thema Bildungsgerechtigkeit, ohnehin Deutschlands Schwachstelle, müsste also mehr in den Fokus rücken.

Beziehung und Miteinander kommen vor Technik

Außer Frage steht, dass die Kultur der Digitalität im 21. Jahrhundert in Schule und Unterricht gehört. Unstrittig ist ebenso, dass diese Notwendigkeit neue Ansprüche an die Professionalisierung mit sich bringt. Und trotzdem sollten wir hinterfragen, welche Entwicklungen und Technologien echten Fortschritt bringen und welche nicht. Bremsende, kritische und nachdenkliche Reaktionen können nützlich sein und müssen weiterhin ihren Platz haben. Dazu gehört auch die schultypische kritische Trägheit bis zu dem Zeitpunkt, an dem der erste Hype abgeflacht ist. Schulentwicklungsprozesse müssen genau an dieser Stelle ansetzen. Letztlich dürfen Lernumgebungen nicht verarmen, weil alle Schüler*innen bunte und individualisierte Endgeräte vor sich haben. Beziehung und Miteinander müssen auch weiterhin vor Technik und Software stehen.

Schlussendlich lautet die Herausforderung, lernwirksamen Unterricht zu gestalten und Ausstattung zum Vorteil der Lernenden einzusetzen. Auf diesem Weg sollten wir niemanden zurücklassen – weder Schüler*innen noch Lehrkräfte. Schulleitungen sind gefragt, ein gangbares Entwicklungstempo für die eigene Schule zu finden, das solidarisch und individuell anspornend zugleich ist. Zudem sollten Lehrkräfte, die ihre Unzufriedenheit gegenüber all diesen Entwicklungen verspüren, ihre Zweifel anbringen. Nachhaltige Entwicklungen brauchen Zeit. Je schneller sich die Welt um die Schule dreht, desto wichtiger erscheint es mir, diesen Entwicklungen Zeit einzuräumen.

Joscha Falck, Mittelschullehrer und Schulentwickler, Koordinator und Fortbildner für digitale Bildung an Grund- und Mittelschulen in Bayern

An der Grenze

Die Ernst-Reuter-Oberschule liegt im Wedding, nur wenige Meter entfernt vom schick renovierten Mitte-Kiez Brunnenstraße Süd. Trotz großer Herausforderungen befindet sich die Schule in einer guten Entwicklung

von Ulrich Meuel und Klaus Will

Rütlis Erben in Gesundbrunnen« titelte der *Tagesspiegel* im November 2016, und ein Jahr später: »Schüler an Berliner Schule judenfeindlich diskriminiert«. Wenig schmeichelhaft, diese Berichterstattung über die Ernst-Reuter-Oberschule an der Bernauer Straße. Wir wollten uns selbst ein Bild machen und haben uns für ein Gespräch und einen Rundgang mit dem Schulleiter verabredet.

Wir steigen an der U-Bahn-Station Bernauer Straße aus und befinden uns damit fast genau dort, wo die Mauer stand. Heute bezeichnet der ehemalige Mauerverlauf eine soziale Grenze. Linkerhand liegt das neue schicke Berlin-Mitte mit der Factory, einem sanierten Industriegebäude. Für dieses Gebiet, Brunnenstraße Süd, verzeichnet der Sozialatlas recht positive Verhältnisse. Dort liegt die Kinderarmut unter acht Prozent, und bei fast allen dort lebenden Familien wird der Bildungsstand als hoch bezeichnet.

Der Berliner Sozialatlas verrät uns, dass die Verhältnisse auf der anderen Seite der Bernauer Straße, Brunnenstraße Nord, entschieden anders sind. Hier sind fast zwei Drittel der Kinder abhängig von Transferleistungen, fast 90 Prozent haben einen Migrationshintergrund und fast jedes zweite Kind besitzt Sprachdefizite bei der Einschulung. Hier, in diesem sozialen Brennpunkt unmittelbar an der Bernauer Straße, befindet sich der große Komplex der Ernst-Reuter-Schule, einer ehemalige Gesamt- und heutigen Sekundarschule mit Gymnasialer Oberstufe.

Wie eine Schule zerfällt …

Wir betreten das Gelände über den Haupteingang an der Stralsunder Straße und sind positiv überrascht. Ein großzügiges Grundstück mit Sportanlagen und vielfältigen Gebäuden. Gleich links die Bauten aus dem Jahr 1955. Ganz offensichtlich in der Tradition des Bauhauses errichtet, schrieb die Bauwelt im selben Jahr darüber: »Die fast zum Pavillon-System aufgelockerte Bauweise mit den einfachen Baukörpern bildet einen gewollten Gegensatz zu dem angrenzenden versteinerten Wohngebiet. In trostlosen Mietskasernen mit lichtlosen Hinterhöfen wohnen die Kinder, denen die neue Schule eine andere Welt erschließen soll.« Und der *Tagesspiegel* schrieb, »dass für die Arbeiterkinder vom Wedding die besten Gebäude gerade gut genug sind. (…) Im Inneren ist diese Schule noch mehr auf bequeme Behaglichkeit und so etwas wie breites Leben, als auf direkte Eleganz eingestellt.« Die schönen verglasten Verbindungsgänge zwischen den Unterrichtstrakten, die elegant geschwungenen Treppen und die heute noch gut frequentierte Lehrküche lassen ahnen, welches Kleinod diese Schule einst war. Heute muss man allerdings schon etwas genauer hinschauen, denn zunächst fällt vor allem auf, dass die Gebäude dringend saniert werden müssen.

Wir treffen den Schulleiter Andreas Huth, in dem im Jahr 1978 fertig gestellten Gebäudeteil in seinem Büro. Er stellt uns erst einmal die Schule vor. Dort lernen 950 Schüler*innen, davon rund 300 in der gymnasialen Oberstufe, die zu 40 Prozent aus dem eigenen Hause kommen. Wie kommt die Schule zurecht?

Andreas Huth, der seit knapp zwei Jahren für die Schule verantwortlich ist und vorher als Fachbereichsleiter Deutsch dort gearbeitet hat, holt dazu etwas aus. »Noch im Jahr 2009 hatten wir eine ganz positive Beurteilung durch die Schulinspektion. Ursache oder Vorgeschichte unserer späteren Schwierigkeiten war die im Jahr 2006 erfolgte Fusion mit der Oberschule am Köllnischen Park. Diese Schule hatte zwar eine gymnasiale Oberstufe, aber sie hatte trotzdem Probleme und war zu wenig nachgefragt. Deswegen wurde sie aufgelöst und kam mit ihrer Oberstufe zu uns. Und deren Schulleitung wurde fast vollständig als neue Schulleitung der Ernst-Reuter-Oberschule von der Schulaufsicht installiert. Das alles fand ohne jegliche Moderation statt, niemand hat geschaut, ob und wie die unterschiedlichen Schul- und Führungskulturen miteinander klarkommen.« Der für die Schule zuständige externe Schulberater, Meinhard Jacobs, bestätigt diese Einschätzung: »Es sind damals einfach zwei Schulen zusammengeworfen worden. Nach meiner

Kenntnis hat nie ein Prozess des eigentlichen Zusammenwachsens stattgefunden. Das ist ganz gut an den Ergebnissen der Inspektion des Jahres 2016 erkennbar. Vor allem die Lehrkräfte der Schule am Köllnischen Park scheinen mit der Masse der Schüler*innen anderer kultureller und sozialer Herkunft nicht zurechtgekommen zu sein, was zu größeren Konflikten geführt hat.«

... sich aber wieder aufrappelt

Nach diesem deprimierenden Schulinspektionsbericht und den entsprechenden Berichterstattungen der Presse, gab es schließlich eine neue Schulleitung und den gemeinsamen Wunsch, die sich angesammelten Probleme zu lösen und neue Konzepte zu suchen. So wurde inzwischen ein sehr gutes Sprachkonzept entwickelt und die Lehrkräfte diskutieren und planen, auch durch die gegenseitigen Hospitationen, neue Unterrichtskonzepte. Dazu gehört ein offensiver Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung, wozu auch der Konflikt im November 2017 um einen jüdischen Schüler beigetragen hat. Im 9. bis 11. Jahrgang finden bestimmte Workshops für alle Schüler*innen verbindlich statt, beispielsweise zum Thema »Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre«, ein interreligiöser Workshop und Veranstaltungen zum Islam oder dem Nahost-Konflikt. Die Schulsprecherin Kremare Selmani findet, dass dies alles schon Wirkung zeigt: »Und ich muss auch sagen, dass es hier wenig Streit gibt. Das soll ja früher anders gewesen sein. Inzwischen gibt es allerdings auch mehr Möglichkeiten, Streit zu schlichten.« Huth ergänzt das: »Im Schulprogramm haben wir den Schwerpunkt interkulturelle und interreligiöse Bildung. Und unsere Schüler*innen sind inzwischen auch interkultureller. Andererseits gibt es konservative Schüler*innen, die andere bekehren wollen. Deshalb haben wir Workshops, in denen es keine einseitige Auslegung des Koran gibt, sondern wo fachkundige Leute mit den Schüler*innen über die verschiedenen Auslegungen sprechen und auch über andere Religionen. Da werden dann auch Kirchen und Moscheen besucht.«

Eine weitere Stärke der Schule sind die vielen jungen Lehrkräfte, die mit großem Engagement arbeiten, wie Huth betont: »Wir haben im Schnitt 20 bis 25 Lehrkräfte in Ausbildung, also Referendar*innen und Quereinsteiger*innen. Zwei unserer Lehrkräfte kümmern sich um sie. Diese gute Betreuung führt unter anderem dazu, dass viele auch nach der Ausbildung hier an der Schule bleiben. Das ist uns wichtig, denn die bringen ja auch immer neue Impulse mit.« Jacobs empfindet die Schule »im Moment als einen Ort, wo unheimlich viel Potential vorhanden ist. Die machen eine ganz tolle Arbeit mit den jungen Kolleg*innen.«

Bei unserem Rundgang werden wir immer wieder überrascht durch die schönen Räumlichkeiten und die freundliche Begrüßung und die Neugier. Positiv in Erinnerung geblieben sind uns auch die großzügige und gut genutzte Schulbibliothek sowie eine engagierte Mädchentruppe, die uns stolz ihre tolle Insekten- und Kleintierzucht zeigte und erklärte, alle Achtung! Außerdem gibt es hier eine Schüler*innenfirma, die unter anderem Honig von der eigenen Bienenzucht auf den Flachdächern verkauft. Solche Projekte können nur gemacht werden, wenn es genug engagierte Schüler*innen und Lehrkräfte gibt. Das ist hier offensichtlich der Fall.

Wenn jetzt noch die unter Denkmalschutz stehenden wunderschönen Gebäude direkt am Schuleingang und die Unterrichtsgebäude mit den verglasten Verbindungsgängen saniert werden, dann wird das sicherlich zu einem weiteren Aufschwung der Schule führen.

Kommt der Campus Gustav Reuter?

Neben der Sanierung ist ein Neubau an der Bernauer Straße geplant, dort sollen die Gebäude aus den 1970er Jahren abgerissen werden. Dieser Neubau soll die Schule dann auch zur Bernauer Straße hin öffnen und eine jahrgangsorientierte Compartment-Struktur ermöglichen. Das Geld, 45 Millionen Euro, ist da, doch die Planungen stocken: »Wir kommen einfach nicht weiter in der Diskussion. Soll saniert werden oder soll es einen Neubau geben? Alle vorhandenen Unterlagen belegen die Notwendigkeit des Neubaus. Wir wären sicher schon weiter, wenn der Bezirk das Projekt in der Vergangenheit energischer vorangetrieben hätte«, erklärt Meinhard Jacobs.

Ein Neubau bietet die Chance, die benachbarte Gustav-Falke-Grundschule mit der Ernst-Reuter-Oberschule zu verbinden. Dann würde sich auch die Frage nach einer Gemeinschaftsschule neu stellen, obwohl beide Schulen bislang einer Fusion eher kritisch bis ablehnend gegenüber eingestellt waren. Sicher spielt dabei eine Rolle, dass die Grundschule inzwischen auch von Kindern aus bildungsorientierten Elternhäusern südlich der Bernauer Straße besucht wird und als Erfolgsmodell gilt. Die Ernst-Reuter-Schule ist zwar im Aufwind und wird steigend nachgefragt, das hat sich allerdings noch nicht überall herumgesprochen. Da könnte Sanierung und Neubau schon noch etwas Schwung hineinbringen. Zusammen mit der Campus-Idee würde dann sicherlich nicht nur die Schule, sondern auch das Quartier aufgewertet. Und wer weiß, vielleicht verschwindet dann endlich nach der gemauerten auch die soziale Grenze? ■

Dieses Foto zeigt die Schule von der Bernauer Straße aus. Das historische Foto auf Seite 26 stammt aus der im Artikel zitierten Bauwelt von 1955

FOTOS: BAUWELT (LINKS), ULI MEUEL (RECHTS)

Ulrich Meuel, ehemaliger stellvertretender Schulleiter der Fritz Karsen Schule, und Klaus Will, ehemaliger geschäftsführender Redakteur der bbz

Kein Schmalspurstudium

Seit dem Wintersemester 2018/2019 gibt es an der Humboldt-Universität zu Berlin den »Quereinstiegsmaster Lehramt an Grundschulen«. Wir haben Ingo Fehrmann interviewt, der an der Professional School of Education den Quereinstiegsmaster koordiniert

Das Interview führten Laura Rödel und Jurik Stiller

FOTO: PRIVAT

Stiller: Was ist das eigentlich für ein neuer Weg ins Lehramt: Q-Master und Q-Plus-Studium?

Fehrmann: Der Q-Master für das Lehramt an Grundschulen (LaGS) ist ein Weg, ins Lehramt zu kommen, ohne einen lehramtsbezogenen Bachelorabschluss zu haben. Der Q-Master ist zwar ein ganz normaler Master of Education, die Zugangsvoraussetzungen sind aber andere und es gibt Einschränkungen, was die Vertiefung angeht. Eine Besonderheit ist, dass man prinzipiell mit jedem ersten Hochschulabschluss aufgenommen werden kann, aber man muss noch etwas nachholen. In Berlin ist die Lehramtsausbildung so organisiert, dass der Großteil der fachlichen Ausbildung im Bachelor stattfindet. Im Master stehen dann vor allem Bildungswissenschaften, Sprachbildung und das Praxissemester auf dem Programm. Daher muss man in den drei Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht, die man dann im Q-Master studiert etwas mitbringen. Aber auch dies lässt sich an der HU nachholen, das nennt sich dann Q-Plus-Programm. Ein Jahr vor Beginn des Masters holt man in einem, zwei oder allen drei Fächern nötige Studieninhalte nach.

Rödel: Was genau ist deine Aufgabe in dem Q-Master?

Fehrmann: In erster Linie Information. Ich spreche mit ganz vielen Leuten, sowohl Studieninteressierten als auch Lehrenden, denn der Q-Master LaGS ist neu. Wie funktioniert das eigentlich genau? Welche Dinge muss man beachten, sowohl als Studierender als auch als Lehrender? Und dann gibt es gewisse Verfahren, die neu sind, die bisher nicht nötig waren. Und ich unterrichte auch noch selbst.

Rödel: Wie funktioniert denn das Studium im Q-Master?

Fehrmann: Das Studium funktioniert wie im normalen Master auch, die Veranstaltungen sind dieselben. Es gibt ein paar Einschränkungen, die abhängig davon sind, welches Fach man mitbringt. Im Studium selbst ist also nichts besonders, außer aus Sicht der Studierenden, die möglichweise nach zehn Jahren neu an die Uni kommen, weil ihr erster Abschluss so lange zurückliegt. Die stellen fest, dass Uni heute deutlich anders funktioniert als noch vor zehn Jahren.

Stiller: Wie viele Studierende befinden sich gerade in den beiden Programmen?

Fehrmann: Im Master haben wir noch eine einstellige Zahl, im Q-Plus etwas über 60 Plätze. Insgesamt sind 90 Plätze vorhanden.

Rödel: Welche Voraussetzungen müssen die Studierenden mitbringen?

Fehrmann: Es gibt zwei Voraussetzungen, die alle mitbringen müssen: Einen ersten Hochschulabschluss, das heißt ein Studium von mindestens drei Jahren Dauer und einem Umfang von mindestens 180 ECTS-Punkten. Und Praxiserfahrung in der Schule, beispielsweise über ein Praktikum. Wir haben auch Studierende, die schon als PKB-Kräfte gearbeitet haben oder als so genannte LovL, also Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung, die das Praxiskriterium erfüllen. Dann müssen sie Voraussetzungen in den drei Fächern mitbringen. Das hängt von dem jeweiligen Abschluss ab. Angenommen ich habe ein Diplom in Biologie, dann erfülle ich mit diesem Sachunterrichtsbezugsfach schon die Zugangsvoraussetzung im Fach Sachunterricht, müsste aber noch Leistungen in Deutsch und Mathe nachholen. Einige Studierende kommen aus einem anderen Lehramtsstudium. Die haben dann in der Regel zwei Fächer und müssen nur noch ein Fach nachholen.

Stiller: Was haben die Studierenden vorher gemacht? Wie »quer« ist denn der Einstieg?

Fehrmann: Ich würde sagen, es ist sehr divers. Die Erfahrungen aus den Studienberatungen zeigen, dass es sowohl Menschen gibt, die schon relativ lange aus der Uni raus sind und schon länger überlegt haben, in die Schule zu wechseln. Andere kommen aus einem anderen Studium. Entsprechend haben wir auch eine große Altersspanne und viele verschiedene Fächer: verschiedene Sachunterrichtsbezugsfächer, Germanistik, Deutsch. Eine große Gruppe kommt aus dem Studium Soziale Arbeit und viele sind Erzieher*innen, zum Teil an Grundschulen.

Rödel: Wenn man so viele unterschiedliche Menschen hat und alles noch ganz neu ist, gibt es doch sicher viele Baustellen. Was sind denn Schwierigkeiten der Studierenden oder der Uni?

»Die Q-Studierenden haben ja alle schon einen Abschluss, sind also nicht besser oder schlechter, sondern anders qualifiziert.«

Fehrmann: Es gibt ein paar Anlaufschwierigkeiten. Eine Schwierigkeit im Grundschullehramt besteht an der HU darin, dass die Lehrveranstaltungen wahnsinnig voll sind: Wir haben 400 Erstsemester*innen. Das sind Dimensionen, die man sonst an der HU nur im Bereich Jura oder Wirtschaftswissenschaften hat. Das Grundschullehramt ist jetzt also einer der größten Studiengänge. Das ist eine Herausforderung, die sicherlich auch in den Folgejahren noch bestehen bleibt, aber die natürlich auch die Studierenden außerhalb des Q-Masters trifft.

Stiller: Gibt es in den Beratungen einen besonderen Fokus auf das Thema Finanzierung? Was hältst du von Stipendien für die Q-Studierenden? Wie steht's um BAföG?

Fehrmann: Insgesamt spielen die Finanzen in den Beratungen eine ganz große Rolle. Das liegt daran, dass die Studierenden oft vorher schon gearbeitet haben, Familie haben, und dann noch einmal ins Studium, da muss man eben intensiv über diesen Aspekt nachdenken. Masterstudiengänge können prinzipiell über BAföG gefördert werden. Das ist besonders interessant für diejenigen, die noch keinen ersten Master haben. Das ist übrigens auch der wesentliche Unterschied zwischen dem Q-Master-Studium hier und dem berufsbegleitenden Quereinstieg der Senatsverwaltung, wo ein abgeschlossenes mindestens fünfjähriges Studium in einem Mangelfach vorzuweisen ist. Somit füllt dieses Angebot sogar auch eine Lücke, denn bisher waren die Studierenden, die erst den Bachelor absolviert haben, formal ausgeschlossen vom Lehrkräfte-Beruf.

Im Bereich Q-Plus gibt es eine besondere Konstellation: Das Programm bereitet auf einen Master vor, formal sind die Studierenden aber in einen Bachelor eingeschrieben. Das ist aktuell noch kompliziert. Das zweite Bachelorstudium ist nämlich nicht förderfähig. Das Stipendium hast du bereits erwähnt. Das Land Berlin fördert naturwissenschaftliche Q-Studierende, bei uns ist das mit Blick auf das Pflichtfach Mathe gegeben. Man muss sich dann aber verpflichten, danach auch das Referendariat in Berlin zu machen und drei Jahre in Berlin zu unterrichten. Bei den übrigen Studierenden erzeugt das übrigens durchaus Irritationen: Die sind vom Stipendium ausgeschlossen, sitzen aber neben den Stipendiaten und befinden sich an einer ganz ähnlichen Stelle im Bildungsverlauf.

Stiller: Zum Schluss noch etwas politischer: Werden wir unseren Ansprüchen an ein qualitativ hochwertiges Lehramtsstudium mit dem Q-Studium, so wie wir es hier anbieten können, noch gerecht?

Fehrmann: Also mit dem Q-Master definitiv. Die Anlage des Q-Masters bedingt natürlich, dass man vorher deutlich weniger fachbezogene Kompetenzen nachweisen muss, als man sie in einem regulären Bachelor erwerben würde. Wenn man dann aber genau hinschaut, gehe ich davon aus, dass das schon die zentralen Facetten der jeweiligen fachlichen Ausbildung sind, gerade auch im Hinblick auf die spätere Schulpraxis. Der Hinweis auf ein »Schmalspurstudium« ist nicht zwingend richtig. Die Q-Studierenden haben ja alle schon einen Abschluss, sind also nicht besser oder schlechter, sondern anders qualifiziert. Eine zweite Bachelorarbeit zu verlangen wäre nicht sinnvoll, Grundlagen im wissenschaftlichen Arbeiten sind in der Regel vorhanden. Und auch im Master wird man einiges nachholen müssen, was andere Studierende vielleicht noch ganz selbstverständlich erinnern. Das Lehramtsstudium ist da aber durchaus differenzierter zu betrachten. Im Schnitt haben wir es mit mangelhafter Raumausstattung zu tun, bei den Stellen ist der Anteil mit Hochdeputat zu groß, es handelt sich um einen Massenbetrieb und das ist für die wenigsten Beteiligten zufriedenstellend. Hier sind wir alle gefordert, einen Abgleich unserer Mindeststandards mit den erlebten Umständen zu machen. Wenn wir die Mindeststandards halten wollen, brauchen wir mehr Ressourcen. ■

Laura Rödel (Foto Mitte), wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professional School of Education der HU.
Jurik Stiller (Foto links), Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Erziehungswissenschaften der HU, 1. stellvertretender Vorsitzender des Personalrats des Hochschulbereichs

Zeiten des Mangels

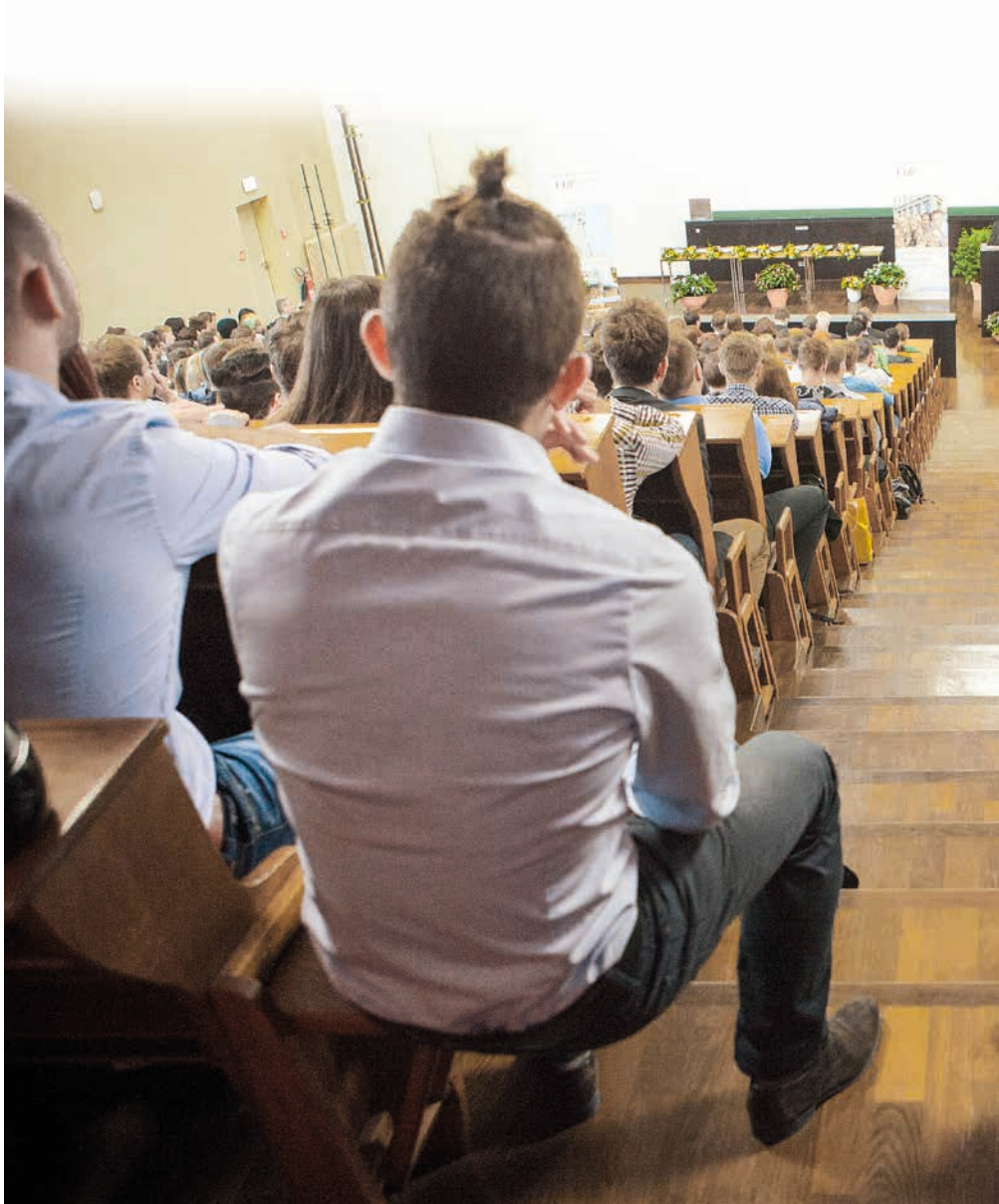
Das Lehramtsstudium wurde in den letzten Jahren umfassend verändert. Erst die Reform der Lehrkräftebildung, dann der massive Ausbau der Studienplätze. Wie sieht es heute in den Fakultäten aus?

von Jurik Stiller und Laura Rödel

Der bundesweite Lehrkräftemangel trifft Berlin besonders hart. In den Schulen werden massenhaft Quereinsteigende eingestellt, zum Start des zweiten Schulhalbjahres im Februar 2019 waren es 44 Prozent. Um dem Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken, wurden in den letzten Jahren viele neue Lehramtsstudienplätze geschaffen. Der Zuwachs fällt in eine Zeit, in der das Lehramtsstudium Umstrukturierung erfahren hat, die auf Empfehlungen einer Kommission um Professor Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung basiert. Viele gute Änderungsansätze werden angesichts dieses Aufwuchses allerdings aktuell kaum sichtbar und wirksam. Die Universitäten selbst ächzen unter der hohen Belastung, aber auch an den Berliner Schulen sind noch immer nicht genug Lehrkräfte für die Betreuung von Studierenden im neu eingeführten Praxissemester (Mentoring) qualifiziert worden. Die Organisation der Praxissemesterplätze läuft noch nicht reibungslos.

Grund genug, die wesentlichen Änderungen der grundständigen Lehrkräftebildung in Berlin an dieser Stelle vorzustellen. Vor sieben Jahren änderte sich die Struktur des Lehramtsstudiums in Berlin grundlegend. Im Auftrag der damaligen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft erarbeitete die Baumert-Kommission bis 2012 Vorschläge zur Reform der Lehrkräftebildung in Berlin. Wesentliche Forderungen waren »so viel Polyvalenz (breit gefächerte Einsatzmöglichkeit) wie möglich bei zu sichernder Professionalität; Lehrämter orientiert an der Schulstruktur; Verstärkte Fachlichkeit im Lehramt an Grundschulen […]; Inklusion – Auftrag für alle Lehrkräfte; Praxissemester – Stärkung der Professionalität; »Schools of Education« an allen Universitäten«.

»Die Universität ächzen unter der hohen Belastung.«



Diese Änderungen wurden mit dem Lehrkräftebildungsgesetz (veröffentlicht im Februar 2014) für Berlin umgesetzt. So wird seitdem in Berlin für drei Lehrämter ausgebildet: Für das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt Integrierte Sekundarschule und Gymnasium sowie das Lehramt für die beruflichen Schulen.

Alle angehenden Lehrer*innen absolvieren seit dem Wintersemester 2015/2016 zunächst einen insgesamt 180 Leistungspunkte umfassenden Bachelorstudiengang (1 LP entspricht einem Aufwand von 30 Zeitstunden), der in der Regel drei Jahre dauert. Es folgt ein aufbauendes Masterstudium von 120 Leistungspunkten, das in der Regel zwei Jahre dauert. Der Vorbereitungsdienst wurde für alle Lehrämter auf 18 Monate vereinheitlicht. Darüber hinaus wurde in alle Masterstudiengänge ein Praxissemester integriert. Ein eigenständiges Lehramt Sonderpädagogik gibt es nicht mehr. Dafür kann man in allen drei Lehrämtern zwei sonderpädagogische Fachrichtungen als zweites Fach wählen. Sonderpädagogik ersetzt dann eines der Pflichtfächer Deutsch oder Mathematik. Überdies ist inklusive Bildung verbindlicher Bestandteil des Studiums.

An allen lehrkräftebildenden Universitäten wurden Lehrkräftebildungszentren eingerichtet: an der Humboldt-Universität die Professional School of Education, an der Freien Universität die Dahlem School of Education, an der Technischen Universität die School of Education und an der Universität der Künste das Zentrum für künstlerische Lehrkräftebildung beziehungsweise die Ständige Gemeinsame Kommission.

»Der ›Massenbetrieb‹ Lehrkräftebildung lässt sich aktuell nur mit erheblichen Qualitätseinbußen realisieren.«

Zentrale Merkmale der neuen Studienstruktur im Grundschullehramt sind: Erstens: Die alte Aufteilung zweier Studienfächer mit einem Erstfach Grundschulpädagogik (90 LP), einem Zweitfach der Sekundarstufe (60 LP) und Erziehungswissenschaft (30 LP) wird aufgelöst zugunsten einer neuen Struktur mit drei gleichberechtigten grundschulbezogenen Fächern, die ergänzt werden durch Studienanteile in den Bildungswissenschaften, Sprachbildung und Inklusion. Zweitens: Als Pflichtfächer neu festgelegt sind Deutsch und Mathematik, hinzu kommt ein weiteres Fach der Grundschule (Sport, Englisch, Französisch, Musik, Kunst, Sachunterricht mit Schwerpunkt Naturwissenschaften, Sachunterricht mit Schwerpunkt Gesellschaftswissenschaften, Religionslehre/Humanistische Lebenskunde). Drittens: Der grundschullehramtsbezogenen 60 LP-Master wurde zu einem 120 LP-Masterstudiengang. Sowie viertens: die Einführung des Praxissemesters

Inhaltlich sind die neuen fachbezogenen Qualifizierungsanteile für die inklusive Schule, die Stärkung der fachwissenschaftlichen Qualifizierung und der für alle Studienbestandteile obligatorische Grundschulbezug als zentrale Weiterentwicklung zu benennen.

Strukturell haben Sondertatbestände und Hochschulverträge die massiven Aufwüchse durchaus auch personell unterfüttert, Professuren und Stellen im Mittelbau sind, auch oft unbefristet, geschaffen worden. Wie so oft wächst jedoch das wissenschaftsunterstützende Personal nicht in der dem erforderlichen Maße, bleiben Raumfragen Aufgabe der Unis. Das Praxissemester ist für alle Beteiligten enorm herausfordernd, und zwar hauptsächlich organisatorisch.

Insgesamt ist daher festzustellen, dass sich der »Massenbetrieb« Lehrkräftebildung aktuell nur mit erheblichen Qualitätseinbußen realisieren lässt. ■

FOTO: IMAGO/SVEN ELLGER

Jurik Stiller und Laura Rödel,
Mitglieder des Leitungsteams der
Abteilung Wissenschaft der GEW BERLIN

Verbeamtung ist nicht die Lösung

Seit 2004 werden Lehrkräfte im Land Berlin nicht mehr verbeamtet. In der zuletzt wieder emotional geführten Debatte haben sich über Jahre viele Halb- und Unwahrheiten eingeschlichen. Zeit, einige sachliche Argumente einzubringen

von Udo Mertens

Zunächst einmal zu den Fakten: Die auffälligsten Unterschiede zwischen den beiden Statusgruppen bestehen in der Sozialversicherung. Tarifbeschäftigte zahlen Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung und einen Eigenanteil an der Zusatzversorgung (VBL). Die Arbeitgeber zahlen einen Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen und der Zusatzversorgung. Beamt*innen sind in aller Regel privat versichert. Hier zahlt der Arbeitgeber einen Zuschuss, die sogenannte Beihilfe. Nicht für jede*n ist es attraktiv, privat krankenversichert zu sein. Die Beiträge hängen stark von eventuellen Vorerkrankungen und davon ab, in welchem Alter man die Versicherung abschließt. Während in der gesetzlichen Krankenversicherung Kinder und gegebenenfalls auch die Ehepartner*in mitversichert sind, müssen diese in der privaten Krankenversicherung zusätzlich bezahlt und versichert werden. Beamt*innen erhalten ihre Besoldung im Krankheitsfall dafür ungekürzt weiter. Tarifbeschäftigte erhalten 6 Wochen lang ihr Entgelt vom Arbeitgeber und danach 78 Wochen Krankengeld von der Krankenkasse. Der Arbeitgeber zahlt hierzu einen Krankengeldzuschuss.

Durch eine Verbeamtung von Lehrkräften würde das System der Sozialversicherung auf Kosten der Sozialversicherungszahler*innen weiter geschwächt. Seit vielen Jahren schultern die Versicherten in den gesetzlichen Sozialversicherungen Aufgaben, die gesamtgesellschaftlich zu erbringen wären. So die Finanzierung der Renten für Langzeitarbeitslose, die Mütterrente, Kosten der Arbeitsförderung, Gesundheitskosten für Bedürftige, Leistungen der beruflichen Rehabilitation und manches mehr.

Besoldung folgt den Tarifabschlüssen

Vergleicht man die Besoldung und die Entgelte, macht es durch die unterschiedlichen Abgaben und Versicherungen nur Sinn, Nettobeträge gegenüber zu stellen. Es bleibt festzuhalten, dass das Nettoentgelt der Tarifbeschäftigten in den ersten Jahren deutlich höher ist und sich dann angleicht. Danach steigt das Netto der Beamt*innen gegenüber den Tarifbeschäftigten an. Klar ist: Beamt*innen haben auf die Lebenszeit gerechnet einen erheblichen materiellen Vorteil.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass die Besoldungserhöhungen der Beamt*innen den Tarifabschlüssen folgen und von den Tarifbeschäftigten erkämpft werden. Gibt es weniger Tarifbeschäftigte, die sich für Entgelterhöhungen einsetzen, werden auch die Besoldungserhöhungen und andere Verbesserungen geringer ausfallen. Die Verbeamtung von Lehrkräften würde zur Schwächung der Durchschlagskraft der Gewerkschaften und dadurch zu einer Schwächung der Lehrkräfte insgesamt führen. Für verbeamtete Lehrkräfte müssten meist schlechter bezahlte Professionen die zukünftigen Besoldungserhöhungen erstreiken.

Unstrittig sind Beamt*innen auf Grund der Kosten der Versorgung auf die Lebenszeit gerechnet erheblich teurer. Diese Kosten der Verbeamtung tragen die Steuerzahler*innen und damit auch diejenigen, die nicht verbeamtet sind.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Ohne große Berechnungen anzustellen, kann man sagen, dass Angestellte in der gesetzlichen Rentenversicherung auch unter Hinzurechnung der VBL nicht auf die Höhe der Pension der Beamt*innen kommen werden. Gleichzeitig werden durch eine Verbeamtung den Rentenversicherungen gut verdienende Beitragszahler*innen entzogen und die Rentenversicherung damit geschwächt.

Volle Hingabe zum Dienstherrn

Ein wichtiger Unterschied zwischen den beiden Gruppen ist ihre rechtliche Stellung. Im Grundgesetz ist das Alimentationsprinzip verankert, das den Dienstherrn verpflichtet, Beamt*innen sowie deren Familien lebenslang angemessen zu alimentieren. Danach wird ihnen nach ihrem Dienstrang, nach der mit ihrem Amt verbundenen Verantwortung und nach der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards ein angemessener Lebensunterhalt gewährt. Das Alimentationsprinzip fußt auf dem Treueverhältnis, der Treuepflicht der Beamt*innen. Zu den Pflichten gehören: Die volle Hingabe zum Dienstherrn, zu steter Dienstleistung bereit sein müssen, bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergeben, sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des Dienstes so verhalten, dass sie der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, das ihr Beruf erfordert.

Im Umkehrschluss bedeuten diese schwülstigen Formulierungen, dass Beamt*innen keine Möglichkeit haben, für die Höhe ihrer Besoldung oder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu streiken. Diese werden per Gesetz oder Verordnung festgelegt. Die dem Status immanenten Prinzipien haben mit meinem Verständnis einer gewerkschaftlichen Rolle in unserer Gesellschaft wenig bis gar nichts gemein, weil die Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Beamt*innen vom Wohl und Wehe des Dienstherrn abhängt und nicht von der Durchsetzungsfähigkeit einer Gewerkschaft. Dies wurde nicht zuletzt durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und dessen Begründung zum Beamtenstreikrecht vom 12. Juni 2018 mehr als deutlich. Die Durchsetzung der Eingruppierung in die E13/A13 für Grundschullehrkräfte wäre allein mit Beamt*innen nicht möglich gewesen.

Über 7.000 Lehrkräfte blieben außen vor

Wenn in Berlin die Verbeamtung für Lehrkräfte eingeführt würde, kämen nur bestimmte Gruppen für die Verbeamtung in Frage. Nicht verbeamtet würden alle jene, die nicht die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen zur Verbeamtung erfüllen. Das sind grundsätzlich unter anderem die Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung (LovL), Pädagogische Unterrichtshilfen, Lehrkräfte für Fachpraxis und die Lehrkräfte unterer Klassen (Luks), die erst seit 2016 im Dienst sind. Selbstredend würden weder Erzieher*innen noch andere Beschäftigte an Schulen im Sozial- und Erziehungsdienst verbeamtet. Die Verbeamtung würde die Beschäftigten an staatlichen Schulen weiter aufspalten und widerspricht unseren Vorstellungen von einheitlichen Arbeitsbedingen und einem einheitlichen Dienstrecht in multiprofessionellen Teams.

Genau so wenig könnten diejenigen verbeamtet werden, die nicht über die persönlichen Voraussetzungen verfügen. Es wird auch in Zukunft eine Höchstaltersgrenze zur Verbeamtung geben. Nach dem Willen des Senats soll das Höchstalter das 45. Lebensjahr werden. Damit würden alle, die über dieser Grenze liegen, nicht verbeamtet. Zu den persönlichen Voraussetzungen gehören aber auch die gesundheitlichen Voraussetzungen. In der Regel werden die älteren und kranken oder übergewichtigen Kolleg*innen auf der Strecke bleiben. Sie werden nicht verbeamtetet, weil sie im Alimentationsprinzip ein zu hohes Risiko darstellen. Wenn bei der Einstellung absehbar ist, dass der zukünftige Beamte oder die Beamtin vor Erreichen der Altersgrenze dauerhaft dienstunfähig wird, ist eine Verbeamtung ausgeschlossen.

Die Verbeamtung löst nicht das Fachkräfteproblem

Der Lehrer*innenmangel ist ein bundesweites und kein Berliner Problem. Die Bedarfe konnten in vielen Bundesländern nicht oder nur mit Quereinsteiger*innen gedeckt werden. Dabei spielte es keine Rolle, ob in dem Bundesland verbeamtet wird oder nicht. Die von Bildungssenatorin Sandra Scheeres genannten Zahlen zur Abwanderung oder Kündigung von Lehrkräften sagen nichts über deren Motivation aus. Es gibt keine Untersuchung, die erfassen würde, wer warum das Land verlässt. Die Zahlen zu Kündigungen sind genauso wenig aussagekräftig. Auch hier wird die Motivation nicht erfasst. Aus der Beratung kennen wir die unterschiedlichsten Motivationen, Berlin zu verlassen. Hierzu gehören neben familiären Gründen selbstredend steigende Mieten und Lebenshaltungskosten und diverse persönliche Gründe.

Dem Fachkräftemangel kann durch eine Steigerung der Attraktivität des Lehrer*innenberufes begegnet werden. Am ehesten kann das gelingen, wenn Tarifbeschäftigte sich im Rahmen ihrer tariflichen Möglichkeiten für Verbesserungen einsetzen. Hierzu bietet der Tarifvertrag diverse Möglichkeiten, über Zulagen die Einkommen anzuheben. Auch wenn sich die Arbeitszeit nicht so ohne Weiteres tariflich ändern lässt, bieten andere Felder Handlungsoptionen. Unsere Tarifkommission diskutiert diese Themen seit geraumer Zeit. Im Koalitionsvertrag hat sich die Koalition grundsätzlich für den Vorrang von Angestelltenverhältnissen vor Beamtenverhältnissen ausgesprochen. Eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus für eine Verbeamtung von Lehrkräften sehe ich zurzeit nicht.

Als Fazit bleibt für mich festzuhalten: Die Verbeamtung von Lehrkräften schwächt die Durchsetzungskraft der GEW BERLIN in Tariffragen. Die Verbeamtung würde eine große Gruppe unter ein antiquiertes Dienstrecht stellen und die Möglichkeiten, auf die Arbeitsbedingungen Einfluss zu nehmen, verschlechtern. Die Verbeamtung führt zu einer sozialpolitischen Endsolidarisierung und einem weiteren Verschieben von gesamtgesellschaftlicher Kosten auf die schlechter Verdienenden. Die Verbeamtung von Lehrkräften führt zu einer Spaltung der Beschäftigten an den staatlichen Schulen in weitere Gruppen mit unterschiedlichen Arbeits- und Einkommensbedingungen. Der Mangel an Fachkräften wird durch eine Verbeamtung nicht gelöst.

Udo Mertens,
Leiter des Vorstandsbereiches Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik in der GEW BERLIN

Jede Kooperation ist uns willkommen!

Weil die Kinder mit ihrer Muttersprache keine Chancen auf gute Schulbildung hatten, haben zwei Berliner Lehrerinnen die Sukuta-Wannsee-Schule in Gambia gegründet

von Alfred Harnischfeger

Inga Breusing und Marina Jarra, damals Lehrerinnen der Conrad-Grundschule in Berlin-Wannsee, verbrachten ihre Ferien in dem kleinen westafrikanischen Land. In Gambia ist die Amtssprache Englisch und Kinder, die nur ihre Muttersprache kennen, haben ohne Englischkenntnisse keine Chance eine gute Schulbildung zu erhalten. Deshalb baten zwei arbeitslose gambische Lehrer die beiden, eine Vorschule zu gründen, die von Berlin aus unterstützt und getragen werden sollte. Diese Idee griffen die beiden auf und gründeten im September 1989 mit 22 Lehrkräften der Conrad-Grundschule den Förderverein Sukuta-Wannsee. Mit einem Startkapital von 320 DM.

Anfänglich war die Idee, Kinder im Vorschulalter in einer Nursery School an fünf Vormittagen in den Fächern Englisch, Vokabular der Umgangssprache, Buchstaben des Alphabets und Rechnen im Zahlenraum 1 bis 20 zu unterrichten. Nachdem die Vorschule, auf drei Klassen erweitert, einige Jahre erfolgreich lief, wurde von den Eltern sehr dringend eine Grundschule (Lower Basic School) gewünscht.

Da der kleine Verein sich nicht zutraute, eine solche Schule zu finanzieren, versprachen die Eltern, das Gehalt der Lehrkräfte zu übernehmen. So geschah es und in den folgenden neun Jahren wurde eine Grundschule mit den Klassen 1 bis 6 und eine Oberschule (Upper Basic) mit 7 bis 9 aufgebaut. Es werden die Fächer Englisch und Mathematik, Soziales Lernen, Kunst und Kultur, Lebenskunde und gesunde Ernährung, und seit 2017 Informatik in einem Computerraum mit 25 Schüler*innen-Arbeitsplätzen unterrichtet. In einer Lehrküche wird von Jungen und Mädchen gekocht.

Eine Schulbibliothek als Rundbau mit Ziegeln im afrikanischen Stil, stellt das Herzstück der Schule dar. Sie wird täglich von vielen Schüler*innen besucht und ist besonders in den Ferien ein beliebter Ort für die eigene Fort- und Weiterbildung.

Von Anfang an wurden und werden an der Sukuta-Wannsee-Schule nur einheimische Lehrkräfte und sonstige Mitarbeiter*innen beschäftigt. Die große Anteilnahme der Eltern am Bestehen und der Weiterentwicklung der Schule führte dazu, dass im Jahr 2015 ein Trägerverein »Association-Sukuta-Wannsee, The Gambia« auch formell die Schulträgerschaft übernahm.

Die Schule soll im Land eine Perspektive ermöglichen

Heute zählt der gemeinnützige Verein 160 Mitglieder, die mit ihrem Monatsbeitrag von fünf Euro zusammen mit vielen Spender*innen den Verein tragen und die Förderung und Unterhaltung der Schule ermöglichen. In Berlin erhält der Verein neben der Conrad Grundschule große Unterstützung von der Nord-Grundschule, der Quentin-Blake-Europaschule, dem Droste-Hülshoff Gymnasium, der Grundschule unter den Kastanien und der KiTa Sankt-Hildegard. Auch überregional unterstützen eine Reihe von Schulgemeinschaften den Verein.

Gambia stand 22 Jahre unter der Herrschaft eines Diktators, bis es bei den Präsidentschaftswahlen gelang, den Autokraten Jammeh durch den neuen Präsidenten Adamo Barrow zu ersetzen. Seine Regierung hat mit dem Wiederaufbau der Demokratie begonnen. Der gambische Vorstand verhandelt derzeit mit der Regierung über Subventionen zum Erhalt und weiteren Ausbau der Schule. Unser Anliegen als Verein ist, auch angesichts des Wunsches vieler jungen Gambier*innen nach Europa auszuwandern, ihnen eine Perspektive in ihrem Land zu ermöglichen. Dazu braucht die Schule weiterhin die Unterstützungen von außen.

Jede Hilfe von außen, jede Kooperation mit einer Berliner Schule, jedes neue Vereinsmitglied und jede private Spende ist uns willkommen. Mitglieder des Berliner Vorstandes kommen gerne an die Schulen und zu den Gemeindefesten von Kirchen und Vereinen, um über den Erfolg und die Weiterentwicklung dieses Projektes zu informieren.

UNTERSTÜTZUNG ERBETEN

Spendenkonto: Förderverein (FV)
Sukuta-Wannsee e.V.
Deutsche Bank IBAN:
DE37 1007 0024 0169 2342 00
www.sukuta-wannsee.de
info@sukuta.wannsee.de

Alfred Harnischfeger, zweiter Vorsitzender des Fördervereins

FOTO: FÖRDERVEREIN SUKUTA-WANNSEE

Berufsverbote wirken bis heute, *bbz März 2019*

Natürlich war auch die SPD schuldig an dem Radikalenerlass-Beschluss. Aber – manch eine*n wird es erstaunen: Es gab auch innerhalb dieser Partei Gegner der Berufsverbote. Senator Löffler, seinerzeit für die Freie Universität zuständig, war ein scharfer Hund; er und einige der von ihm geführten Beamten haben jeden Pipifax zum Anlass genommen, »Verdächtige« verschärften Verhören zu unterziehen und ihre Einstellung in den öffentlichen Dienst zu verhindern oder zu verzögern. Zum Beispiel reichten bei mir (als SPD-Mitglied) eine gemeinsam mit den ADSen (für die jüngeren von euch: Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten) aufgegebene Tagesspiegel-Anzeige gegen die damalige Novellierung des Universitätsgesetzes aus, mich einige Zeit über meine berufliche Zukunft in Unruhe zu versetzen, ohne dass mir die Gründe dafür offengelegt worden wären. Erst der damalige Personalchef der FU, Jürgen Tägert, weihte mich damals halblegal in die »Vorwürfe« ein und gab mir dadurch die Gelegenheit zur Gegenwehr. Wie Tägert in dem Artikel von Lore in die Nähe der knallrechten »Notgemeinschaft für eine freie Universität« gelangen konnte, ist mir ein Rätsel.

Folker Schmidt,
von 1971-2008, und damit während der fraglichen Zeit an der FU tätig

Von wegen Sicherheit, *bbz März 2019*

Der Beitrag ist in keiner Weise geeignet, gegen den Unsinn der Verbeamtung von Lehrern zu punkten. Eher wird zusätzlicher Unsinn gestiftet. Ich bin dagegen, zentrale Begriffe wie Freiheit und Sicherheit für solche Zwecke zu verdrehen und konstruierte Beispiele zu verwenden. Also: Verbeamtung ist kein Zwang, man kann auch angestellt bleiben. Solche Fälle wurden jedoch nur selten beobachtet, wo verbeamtet wird. Ebenso wenig ist mir bekannt, dass angestellte Lehrer unter Freiheit verstehen, ihre unbefristete Stelle zu kündigen, um dann eventuell später wieder in den Schuldienst einzusteigen. Auch fühlen Sie sich angesichts der weiteren Absenkung des Rentenniveaus und des auf 67 Jahre angehobenen Renteneintritts wohl kaum freier als Beamte mit Pensionsansprüchen ab 65. Sie fühlen sich in der gesetzlichen Krankenversicherung auch nicht gesünder als Beamte und sie merken bei Langzeiterkrankungen sehr wohl, dass sie nach sechs Wochen 30 Prozent weniger Lohnersatz haben – der Beamtenkollege zahlt lockerer seine Bude ab. Es lässt sich nicht leugnen, dass verbeamtete Lehrer im Vorteil sind. Den kleinen Nachteil, das Streikverbot, kann man beklagen – das BVerfG ist aber anderer Meinung. Völlig ratlos stehe ich als gewerkschaftlich orientierter Angestellter vor dem von den Schreibern als Beispiel für die Macht von Personalräten benutzten Fall: ein rechtsextremer Lehrer, schwer kündbar, soll mir zeigen, wie sicher mein Arbeitsplatz ist. Es zeigt mir, dass auch in unseren Reihen wirrer Patchwork Einzug hält.

Thomas Schimitzek, Hans-Böckler-Schule

In Vielfalt vereint / Kinderpanzer, *bbz März 2019*

Recht hat sie, die Gabriele Frydrych, mit dem »Kinderpanzer« – sowohl inhaltlich als auch mit der Weigerung, ihre Texte gendern zu lassen. Dafür sollte sich die Redaktion auch nicht entschuldigen. Zu welchem Zeichen- und Wortsalat das Gendern führt, zeigt ein Abschnitt auf Seite 8 unter der Zwischenüberschrift »Ressentiments sind leider salonfähig«: »Die Zuwanderung aus Südosteuropa wird in den Medien und im politischen Diskurs oft bewußt falsch dargestellt, um auf Kosten von Sinti*zze und Rom*nja politische Stimmungsmache zu betreiben. So wird es nicht selten so dargestellt, als würden in Massen Rumän*innen und Bulgar*innen nach Deutschland einwandern, um »unsere Sozialkassen zu plündern«. Dass Rom*nja auch in diesen Ländern eine Minderheit darstellen und nicht jede*r Bulgar*in Rom*ni ist oder nicht jeder Rom*ni automatisch bulgarisch oder rumänisch, wird hierbei gerne übersehen…« *Maria Curter, Redakteurin i. R.*

#Schöner Schein Inklusion, *bbz Januar-Februar 2019*

Ich habe von 1978 bis 2000 an der Carl-von-Ossietzky Oberschule in Berlin Kreuzberg unterrichtet. Damals waren alle türkischen Schüler*innen Inklusionskinder in der Klasse, bis sie die deutsche Sprache konnten, deutsche Leserechtschreibschwächenkinder, Rollstuhlfahrer*innen und so weiter haben wir immer nebenbei bei einer Klassenfrequenz von 25 mit »verarztet«. 98 Prozent dieser Kinder machten einen allgemeingültigen Schulabschluss, einige auch Abitur. Zur Seite stand oft eine Sozialpädagogin/Erzieherin pro Klasse mit im Unterricht. Das war es. Alle differenzierten Unterrichtsmaterialen mussten wir abends selbst erstellen. Ermäßigungsstunden oder ähnliches gab es nicht. Seit 2010 wird Inklusion zum Beispiel in Schleswig-Holstein oder jetzt auch in NRW in der Schule ordentlich gelebt. Die Eltern müssen die Wahlfreiheit zwischen Förderschule und allgemeinbildender Normalschule behalten, wobei das leider Busfahrten für das eigene Kind beinhalten kann. Das Kind muss sich in der jeweiligen Schulform wohlfühlen können. Aber es muss auch die Möglichkeit zum Erwerb des allgemeingültigen Schulabschlusses erhalten. Die behütete Kleingruppe finde ich toll, sie ist es auch, was die Arbeitsbelastung der Lehrer*innen anbelangt. Differenzierte Unterrichtsmaterialien und Medienhilfen gibt es heute zuhauf, die Leistungsbewertungen sind jetzt filigran ausdifferenziert, mit Sternchen, längerer Bearbeitungszeit bei Tests und so weiter. Herr Seiring listet die optimalen Inklusionsrahmenbedingungen auf, unterschreibe ich sofort, dann müssten viel weniger Kinder eine Förderschule besuchen und könnten sich optimal auch auf dem Arbeitsmarkt entfalten. Falsch liegt meiner Ansicht nach mein jahrzehntelanger GEWfreund (Bildungsgewerkschaft) Wilfried Seiring, die Inklusion aussetzen und auf bessere Zeiten hoffen? Nie und nimmer. Da würden die Inklusionseltern zu Recht öffentlich auf die Barrikaden gehen.

Herfried (Fridolin) Tietge, Pensionierter Lehrer und Bildungsforscher Falkensee, langjähriger GEW Vorsitzender Kreuzberg

SCHREIB UNS!

Willst du auch einen Artikel aus der bbz kommentieren? Dann schreib uns an bbz@gew-berlin.de *– wir freuen uns!*

Das »Nacktschnecken-Game« im Grips-Podewil beginnt munter und eindrucksvoll auf der Schultoilette

FOTO: DAVID BALTZER / BILDBUEHNE.DE

THEATER

Vor einem begeisterten Publikum eröffneten die **Gorillas** im Ratibor-Theater das diesjährige internationale *Impro-Festival* mit einem Feuerwerk unterschiedlicher kleiner Impro-Formen. Einen besonderen Akzent erhielt das Festival durch mehrere Beiträge, Vorträge und Werkstätten zu Möglichkeiten, Impro-Theater-Formen therapeutisch zu nutzen. Dabei wird eine besondere Qualität des Impro-Theaters deutlich, für die sich die klassisch-griechische Bezeichnung phronesis (Denken, Verstand), bzw. phrontis (1. Nachdenken, Überlegung; 2. Bedenken, Sorge, Fürsorge) anbietet sowie das Verb phroneo (vorher erdenken, ersinnen; für etwas oder jemanden Sorge tragen). In allen Ableitungen dieses Wortstammes wird deutlich, dass es dabei um eine intensiv-kommunikative Verhaltensweise geht – so wie die Spieler*innen beim gemeinsamen Improvisieren einer Szene versuchen, die Mitspielenden gut aussehen zu lassen, für sie und ihre Spiel- und Lebensmöglichkeiten zu sorgen, seine Impulse aufzugreifen und weiterzuführen – also eine höchst kommunikative Verhaltensweise. Grundqualifikation nicht nur für Spiel und Rollenspiel, sondern zugleich mögliche Lebenspraxis eines menschlich-humanen Zusammenlebens, und eben auch eine Möglichkeit, therapeutisch auf die Spielenden einzuwirken.

»Genau wie immer: alles anders?« bei **Strahl** – die Neu-Inszenierung eines älteren Textes. Die Bühne überspannt mit einem großen hellen, aufblasbaren Tuch – eine auch optisch attraktive Spiellandschaft. In ihr tummeln sich die fünf Darsteller*innen – auf der Suche nach den Verlockungen und Geheimnissen der Pubertät mit ihren vielfachen Möglichkeiten, Gefahren und Geschenken. Ein quirliges Spiel entwickelt sich, informativ und lustvoll unterhaltend (ab 12).

Das *»Nacktschnecken-Game«* im **Grips-Podewil** beginnt munter und optisch eindrucksvoll auf der Schultoilette. Da haben sich einige Schüler*innen verabredet, um den Sexualkundeunterricht zu schwänzen. Dann driftet das Stück ab ins Ungreifbare: die Schüler*innen befinden sich im Inneren einer Nacktschnecke, sie müssen Aufgaben erfüllen und werden gesteuert von einer undefinierten Stimme – ein krudes Gemisch, erträglich nur durch das weiterhin muntere Spiel der Grips-Schauspieler*innen. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann irren sie noch immer in der Nacktschnecke umher … (ab 12).

Hans-Wolfgang Nickel

BÜCHER

Passt – passt nicht

Passt, passt nicht, passt, passt nicht ... Kategorien zu bilden, und Gegenstände Ober- und Unterbegriffen zuzuordnen, das ist das Thema dieses Bilderbuchs. Die Illustratorin fordert mit ihren Sammlungen der unterschiedlichsten Kategorien ein genaues Sehen heraus. Sport, Wohnmöglichkeiten, Fische, Tiere, Möbel, Pflanzen, Köpfe, Gefäße, Kleidung, Lebensmittel und Fahrzeuge bieten dabei den Rahmen. Für jedes Thema gibt es eine DIN-A4-Seite, auf der die Diversität der entsprechenden Kategorie illustriert wird. Doch irgendetwas passt nicht. Und so beginnt mit der im Titel gesetzten Feststellung »Passt nicht« das Suchen und Abgleichen der einzelnen Darstellungen untereinander. Das nicht passende Teil wird allerdings nicht aussortiert, sondern jeweils fortgeführt. Blättert man die Seite um, wird es mit veränderter Funktion in einen neuen Kontext gesetzt. Eine Lauchstange wird dabei schon einmal zum Tennisschläger oder ein Fisch als Kaffeekanne neu kombiniert. Die skurrile Neuordnung sorgt nicht nur für ein Lächeln, sondern spielt auch mit Regeln auf der sprachlichen und visuellen Ebene. Wer dann noch nicht genug hat, kann die auf der letzten Seite aufgelisteten Objekte im gesamten Buch suchen. Die Illustrationen, die Drucken gleichen, unterstützen die schematische Ein- und Zuordnung auf der visuellen Ebene. In der strukturierten Gestaltung der Seiten, den reduzierten Formen, aber auch der zurückhaltenden Farbwahl erinnern sie überdies an skandinavisches Design im Kinderzimmer. Damit ergibt sich ästhetisch ein besonderer Genuss.

Farriba Schulz, AG Jugendliteratur und Medien der GEW Berlin

➔ *Mieke Scheier: Passt nicht. Kunstanstifter 2018, 28 Seiten, 20 Euro*

LesePeter im Mai

Es ist kompliziert. Mira möchte gerne ebenso cool wie die Neue aus der Klasse sein. Leider war Mira noch nie verliebt und das gehört zum Coolsein definitiv dazu. Ob sich ihr bester Freund dafür eignet, mit dem sie hervorragend, aber leider viel zu kindisch spielen kann? Ein kluger Comic über ein Mädchen an der Schwel-

➔ *Klett Kinderbuch, Leipzig 2018, ISBN 978-3-95470-189-6, 104 Seiten, 15 Euro, 9 bis 11 Jahre*

le zum Teenageralter. Den Lese-Peter im Mai erhält das Kinderbuch »Mira – #freunde #verliebt #einjahrmeineslebens«, geschrieben von Sabine Lemire und illustriert von Rasmus Bregnhøi. Aus dem Dänischen von Franziska Gehm.

AKTIVITÄTEN

Susi – die Enkelin von Haus Nummer 4

»Susi – die Enkelin von Haus Nummer 4« ist eine Ausstellung zur Geschichte des Nationalsozialismus speziell für Kinder in der Grundschule ab der vierten Klasse. Die Ausstellung zeigt die Schrecken der Naziherrschaft aber auch die Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit einiger Weniger an Hand des Schicksals eines jüdischen Berliner Kindes auf. Sie setzt auf dem 2016 erschienen Buch »Susi – die Enkelin von Haus Nummer 4 und die Zeit der versteckten Judensterne« von Birgitta Behr auf. Birgitta Behr ist seit mehr als 10 Jahren Grundschullehrerin der Cecilien-Grundschule in Berlin-Wilmersdorf und GEW-Kollegin. Die Ausstellung ist im Museum »Villa Oppenheim« des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf zu sehen; allerdings befristet bis zum 16. Juni. Wegen des großen Erfolgs der Ausstellung seit ihrer Eröffnung gibt es Bemühungen, die Ausstellung zu verlängern bzw. an anderer Stelle dauerhaft einzurichten. Das Wohlwollen der Senatsschulverwaltung und des Bezirksamtes besteht, allein es fehlt bisher an einer geeigneten Einrichtung im Bezirk oder auch darüber hinaus. Zu der Ausstellung gibt es Begleitmaterial, einen Film und die Möglichkeit, eine Führung direkt mit der Autorin, Regisseurin und Ausstellungsmacherin Birgitta Behr zu buchen. Infos www.villa-oppenheim-berlin.de

Führungen für Lehrkräfte in »Alles über Anne«

Die neue Ausstellung des Anne Frank Zentrums in Berlin ist ein Lernort zur Geschichte des Nationalsozialismus. Sie erinnert an Anne Frank. Die Ausstellung ist biografisch: Besucher*innen lernen Annes Lebensgeschichte kennen. Und sie untersuchen, was diese mit ihrer eigenen Gegenwart verbindet. Sie ist interaktiv: Es gibt viele Möglichkeiten die Ausstellung zu verändern und sie mit eigenen Beiträgen zu erweitern. Und sie ist inklusiv: Alle Menschen sollen diese Ausstellung besuchen und verstehen können. Die Texte sind in Klarer Sprache formuliert, wesentliche Inhalte sind in Gebärdensprache und in Tastobjekte übersetzt. Ein Aufzug ist vorhanden. Lehrkräfte sind herzlich zu einer Führung durch die neue Ausstellung eingeladen. In der Führung werden die didaktischen Zugänge erläutert und die verschiedenen pädagogischen Programme erklärt, die für Klassen gebucht werden können. Ausstellung und Programme eignen sich für Grundschüler*innen ab Klasse 5 ebenso wie für Mittel- und Oberstufe. Dienstag 21.5., 15.30-17.30 Uhr, Donnerstag 15.8., 15.30h bis 17.30 Uhr, die Führung und der Ausstellungsbesuch ist kostenlos. Anmeldung: ausstellung@annefrank.de

Ferienunterkünfte für guten Zweck gesucht!

In einem bundesweit einzigartigen Hilfsprojekt vermittelt der Verein Auszeit für die Seele e.V. aus NRW von Vermietern gespendete Leerzeiten in Ferienwohnungen an Krebspatient*innen. Krankenkassen steuern diese nach 18 Monaten aus, zusätzlich zur Krebserkrankung geraten die Patient*innen dann oft in wirtschaftliche Not. Ein normaler Urlaub ist dann einfach nicht mehr finanzierbar. Für Patient*innen aus dem Großraum Berlin werden insbesondere Unterkünfte an der Ostsee gesucht. Der Verein übernimmt die Vermittlung und Zahlung der anfallenden Nebenkosten. Der Verein sucht auch bundesweit weitere »Gastgeber mit Herz« zur Unterstützung des Projektes. Infos www.Auszeit-für-die-Seele.info

Samba- sucht Tanzgruppe

Die Sambagruppe der GEW BERLIN sucht Tanzgruppe für gemeinsamen Auftritt beim Berlin-Marathon am 29. September, zum Beispiel einen Kurs in Rhythmischer Sportgymnastik oder Ähnliches. Grund- oder Oberschule, VHS. Kontakt: samba@gew-berlin.de

Deutschlehrer*innen für Geflüchtete

Im Ökumenischen Zentrum Wilmersdorfer Straße (WILMA) wird immer wieder Unterstützung ge-

Supervision, Coaching, Beratung

Erfahrung seit über 20 Jahren in den Bereichen Schule und Erziehung

Hoferichter Supervision Berlin

Karena Hoferichter
Haydnstraße 4, 12203 Berlin oder
Marschnerstraße 12, 12203 Berlin
Telefon: +49 (0)171 32 13 804
Telefax: +49 (0)30 84 30 99 92
E-Mail: info@hoferichter-supervision.de
www.hoferichter-supervision.de

FiL

DGSv

Mit Bildung gegen Antisemitismus. Aber wie?

Besuchen Sie uns auf www.anders-denken.info
AndersDenken.info

GRIPS

Dschabber
Europäische Erstaufführung
von Marcus Youssef

6.5. | 18 Uhr
7.5. | 11 Uhr
9.5. | 18 Uhr

GRIPS
HANSAPLATZ 030 - 39 74 74 - 77 grips-theater.de

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...
Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

ILUM
Coaching & Supervision
SCHULE entspannt MEISTERN
Supervisionsgruppen für Leitende, Vertrauenslehrer, Quereinsteiger...
www.ilum-berlin.de
Ebersstr. 64, 10827 Berlin • 0174 94 76 703
INSTITUT FÜR LÖSUNGEN ULRIKE MESECK

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93, e-mail: DAPBerlin@t-online.de

Klinik am Leisberg
Private Akutklinik
für intensive und persönliche Psychotherapie in freundlicher, unterstützender Umgebung
Von hier an geht es aufwärts!
Telefon: 07221/39 39 30
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

Coaching für Lehrer*innen
Beratung über Freud und Leid im Beruf
Einzelpersonen, Gruppen, Teams
Paul B. Schmidt
Lehrer und Coach
030 32602833
schmidt@lehrercoaching.info
www.coaching-für-lehrer.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2019
- Achtsamkeitsbasierte Kommunikation
- Lampenfieber als Herausforderung
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Auftritt – souverän und sicher
- Unfaire Argumente parieren
- Kompaktseminar: Didaktik und Methoden
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

braucht. Derzeit suchen wir insbesondere Kolleg*innen, die z.B. ein- bis zweimal in der Woche nachmittags 2 Stunden Unterricht erteilen. Ein nettes Team von meist schon pensionierten Kolleginnen und Kollegen und unterrichtet 1-2 Tage in der Woche je 2 Zeitstunden Geflüchtete aus vielen Ländern der Welt. Diese kommen Mo- Do zwischen 11 Uhr und 17.30 Uhr in die entspannten Deutschkurse mit unterschiedlichen Niveaus (Alphabetisierung- B1). Neue Teammitglieder sind herzlich willkommen, auch wenn sie nur vertretungsweise helfen wollen. Infos: Deutschunterricht-oekumenischeszentrum@gmx.de

Dein Tag für Afrika

Aktion Tagwerk e.V. organisiert jedes Jahr die bundesweite Kampagne »Dein Tag für Afrika«. Die Idee der Kampagne, welche in diesem Jahr unter dem Motto »Bildung ernährt Menschen« steht, ist einfach: Schüler*innen aller Schulformen gehen einen Tag lang arbeiten anstatt in die Schule, leisten Hilfsdienste im Freundes- und Familienkreis, veranstalten Spendenläufe oder organisieren andere Kreativaktionen. Mit dem verdienten Erlös unterstützen sie Bildungsprojekte in sieben afrikanischen Ländern. Höhepunkt der Kampagne 2019 ist der bundesweite Aktionstag am 18. Juni 2019 – jede teilnehmende Schule kann jedoch auch einen individuellen Ausweichtermin wählen. Infos: www.aktion-tagwerk.de

– Vorankündigung –

KULTURFEST der GEW-Senior*innen

Konzerte – Theater – Tanz – Essen – Trinken – Reden

Bitte Termin notieren:
Freitag, 21. Juni 2019,
zwischen 17 und 21 Uhr
im GEW-Haus
Alle Infos gibt's Ende Mai

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an seniorinnen@gew-berlin.de*

Senior*innen Lichtenberg

- *Dienstag, 14. Mai 2019:* Spaziergang in Pankow. Auf einem Kiezspaziergang erfahren wir Wissenswertes aus der Geschichte des Dorfes Pankow. Ein Besuch im Waisenhaus der Jüdischen Gemeinde ist ebenfalls vorgesehen. Kosten: 3 Euro. Treffpunkt: 10.30 Uhr Pankow Garbatyplatz an der Apotheke. Fahrverbindung: S- bzw. U-Bahn Bis Pankow Ausgang Florastr. Kontakt: Christa Veit 97 278 75

Senior*innen Pankow

- *Dienstag, 14. Mai 2019:* Wanderung am Müggelturm. Wir fahren mit dem Bus 169 bis Rübezahl, laufen zum Teufelssee, den wir umrunden. Danach Aufstieg (Stufen) zur

Terrasse des Restaurants, wo wir uns erholen und die schöne Aussicht genießen. Wer noch mutig ist, steigt auf den Turm. Treff: 10 Uhr S-Bahnhof Köpenick in der Bahnhofshalle. Kosten: 4 Euro (für die Turmbesteigung), verantwortlich: Kolln. Lange

GEW-Singkreis

15. und 29. Mai um 17 Uhr im GEW-Haus in der Kantine, Kontakt: Claudia Reuter, Tel.: 391 47 87 und Luis von Simons, Tel.: 692 86 39

GEW-Chor

22. Mai und 5. Juni um 17 Uhr im GEW-Haus, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel.: 471 61 74 und Eva Besler, Tel.: 833 57 27

Stammtisch GEW Ruheständler*innen

22. Mai um 14.30 Uhr im Café »Ulrichs« schräg gegenüber dem GEW-Haus. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel.: 471 61 74

SEMINARE

Eine Auswahl aus dem aktuellen Seminarprogramm der GEW BERLIN: Das gesamte Programm mit den Seminarbeschreibungen findest du online unter www.gew-berlin.de/seminare

»Bist du arm, oder was?« Klassismus – Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft

In Deutschland ist es vor allem die soziale Herkunft, die entscheidet, über welche Zugänge zu Bildung und zu kulturellen und materiellen Ressourcen ein Kind verfügt. Nicht die Religionszugehörigkeit, die ethnische Herkunft oder das Geschlecht, sondern die Schichtzugehörigkeit bestimmt, in welchem Stadtviertel ein Kind aufwächst und welche Schulen es besucht, welche Medien, Musik und Bücher es konsumiert und schlussendlich, welchen Beruf es ergreifen und welches Gehalt es einmal verdienen wird. Dennoch spielt die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft in gesellschaftlichen und politischen Debatten oder in der Antidiskriminierungsarbeit bisher kaum eine Rolle.

Für: alle Mitgliedergruppen, offen für Nichtmitglieder
Leitung: Sanem Kleff (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage)
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 15.5., 10-16.30 Uhr, GEW [19-S-1082]

Wertschätzender Umgang im pädagogischen Alltag

In heutigen impulsiven, mobilen, individualisierten Zeiten scheint kaum mehr Platz für ein wertschätzendes Miteinander zu sein. Dies spiegelt sich auch in pädagogischen Settings wider: Sowohl Adressat*innen als auch Fachkräfte stehen oftmals vor der Herausforderung, unter Zeit- und Arbeitsdruck einen wertschätzenden Umgang zu praktizieren. Wir wollen gemeinsam Erfahrungen reflektieren, Handlungsstrategien entwickeln und dadurch Wertschätzung als Grundstein pädagogischer Handlungen betrachten. Außerdem wollen wir die Verbindung von Stress und Wertschätzung im Alltag thematisieren.

Für: alle Mitgliedergruppen, offen für Nichtmitglieder
Leitung: Hanna Neureuther, Yasmin Zakouri
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 17.5., 9-16.30 Uhr, GEW [19-S-1076]

Supervision und Coaching – ist das was für mich?

Coaching und Supervision sind wichtige Instrumente, um die Arbeit professionell zu reflektieren und Schwierigkeiten zu bearbeiten, die in der Arbeit mit den Kindern/Jugendlichen, aber auch in der Zusammenarbeit mit Kolleg*innen oder der Leitung liegen können. Das Seminar sieht eine Einführung, einen Impulsvortrag und interaktive Übungen vor. Es wird die Gelegenheit zu einer Probe-Supervision oder einem Einzel-Coaching gegeben.

Für: alle Mitgliedergruppen, offen für Nichtmitglieder
Leitung: Hanna Röder, Anna Petersen
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 17.5., 9-16 Uhr, GEW [19-S-1085]

»Mit dem Kind im Dialog« – Grundlagen der Freinet-Pädagogik

Freinet hat praktische Wege gefunden, den Alltag im Dialog mit Kindern zu gestalten, sie an allen für sie wichtigen Angelegenheiten zu beteiligen, sie besser zu verstehen und sich auf ihre subjektiven Anliegen, Absichten und Lernwege einzulassen. Auch für das Leben in der Kita bietet die Freinet-Pädagogik vielfältige Impulse, um selbstbestimmtes Lernen und Partizipationsmöglichkeiten zu befördern, den Kindern das Wort zu geben und ein entdeckendes Lernen zu ermöglichen. Wer sich auf den Weg macht, den Alltag konsequent vom Kind aus zu gestalten, entdeckt dabei den eigenen Forschergeist und hat selbst Spaß am Lernen.

*Für: Erzieher*innen und Leiter*innen aus Kitas*
Leitung: Merete de Kruyf
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 22.5., 9-16.30 Uhr, GEW [19-S-1091]

So schaff' ich das! – Zeit- und Selbstmanagement für Lehrkräfte

Berufsanfänger*innen wie auch erfahrene Lehrkräfte fühlen sich oft gehetzt und überfordert angesichts der massiven Arbeitsbelastung. Hier ist gewerkschaftlicher Widerstand gefragt, aber auch eine gute Selbstorganisation. In diesem Seminar geben wir einen Überblick über Verhaltensweisen, die entlastend wirken können. Eng orientiert am Alltag von Lehrkräften bearbeiten wir u. a. folgende Themen: die Bedeutung der Lebensbalance, das Setzen von Prioritäten, systematische Schreibtischorganisation und Ablage, Selbstmotivation und Zeitmanagementmethoden.

*Für: Lehrer*innen, Referendar*innen, Berufs- und Quereinsteiger*innen*
Leitung: Erdmute Safranski, Gabriele Schenk
Kosten: 50 Euro (erm. 15 Euro), für Nichtmitglieder 150 Euro
Zeit/Ort: 24.-25.5., 9/10-16 Uhr, GEW [19-S-1095]

Einführung in die kollegiale Fallberatung

Die Kollegiale Beratung bietet die Möglichkeit, konkrete Praxisprobleme des Berufsalltags in einer Gruppe zu reflektieren. Für diese Methode braucht es keine externen Berater*innen: Die teilnehmenden Mitglieder beraten sich wechselseitig und die Gruppe geht eigenständig vor. Das Seminar bietet die Möglichkeit sich in einem geschützten Raum an eigenen Praxisbeispielen auszuprobieren.

*Für: Erzieher*innen und Leiter*innen aus Kitas und Grundschulen*
Leitung: Kirsten Biskup
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 27.5., 9-16.30 Uhr, GEW [19-S-1097]

Umwelt- und Klimaschutz in Kita und Grundschule

Der in der Kindheit erlebte Umgang mit Ressourcen wirkt sich auf das künftige Handeln aus. Schon in Kita und Grundschule können mit der Bildung für nachhaltige Entwicklung Kompetenzen und Erkenntnisse vermittelt werden, so dass ökologische und soziale Aspekte in das Alltagshandeln einfließen. An konkreten Beispielen werden Inhalte und Kompetenzen gemeinsam erschlossen, BNE-Materialien und Methoden werden vorgestellt und ausprobiert.

Für: pädagogisch Tätige an Kitas und Grundschulen
Leitung: Pia Paust-Lassen (Alice Salomon Hochschule/ Berlin 21 e.V.)
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 14.6., 9-16.30 Uhr, GEW [19-S-1101]

Umwelt- und Klimaschutz im Fachunterricht

Wie können Themen wie Ressourcenverbrauch (z.B. für Smartphones), Klimawandel und regenerative Energien, Konsumverhalten, gesunde Ernährung oder der »ökologische Fußabdruck« sinnvoll in den laufenden Fachunterricht integriert werden? Um die praktische Umsetzung des Themenbereichs »Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) / Lernen in globalen Zusammenhängen« zu erleichtern, werden die Grundlagen zur nachhaltigen Entwicklung übersichtlich vermittelt und BNE-Materialien und -Methoden für verschiedene Fachrichtungen der Teilnehmenden vorgestellt und gemeinsam erprobt.

*Für: Lehrer*innen (Sek I+II)*
Leitung: Pia Paust-Lassen (Alice Salomon Hochschule/ Berlin 21 e.V.)
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 17.6., 9-16.30 Uhr, GEW [19-S-1103]

Anmeldung:
www.gew-berlin.de/seminare
Veranstaltungsort:
GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin (wenn nicht anders angegeben)
Kinderbetreuung:
Auf Antrag gewährt die GEW BERLIN Mitgliedern einen Zuschuss von 10 Euro pro Stunde zu den Betreuungskosten.
Barrierefrei:
Das GEW-Haus ist leider noch nicht barrierefrei. Bitte nehmt Kontakt zu uns auf.

11. Mai	15.00 Uhr	**Fachgruppe Erwachsenenbildung**
14. Mai	17.00 Uhr	**AG Medienbildung**
15. Mai	14.00 Uhr	**Senior*innen/Junge Alte**
15. Mai	16.30 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**
15. Mai	17.00 Uhr	**AG Frieden**
15. Mai	19.00 Uhr	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung**
16. Mai	17.00 Uhr	**AG Quereinstieg (Lehrkräfte)**
16. Mai	18.00 Uhr	**Kita AG**
22. Mai	17.00 Uhr	**FG Integrierte Sekundarschule/Gemeinschaftsschule**
23. Mai	17:00 Uhr	**Arbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken Berlin-Brandenburg:** Vorstellung eines Bausteins für das Medienkonzept aller Schulen
23. Mai	19.00 Uhr	**Fachgruppe Gymnasium** (Ort bitte erfragen: michael.brueser@gew-berlin.de)
04. Juni	16.30 Uhr	**AG Gesundheit**
04. Juni	17.45 Uhr	**AG Lehrkräftebildung** Ort: HU Berlin, Friedrichstr. 60, Raum 2.10
04. Juni	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer
04. Juni	19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen
06. Juni	18.30 Uhr	Abteilung Wissenschaft

AUSSTELLUNG ZU BERUFSVERBOTEN

In den Räumen des GEW-Hauses kann noch bis Ende Mai die informative Ausstellung der AG Berufsverbote angesehen werden. Mit zwei auf Gedächtnisprotokollen von Verhören basierenden Spielszenen wird eindrucksvoll dargestellt, wie peinlich und in die Privatsphäre eindringend damalige Befragungen durchgeführt und mitprotokolliert wurden. Für viele ältere GEW-Mitglieder sind die Berufsverbote ein wichtiger Bestandteil ihrer politischen Vergangenheit.

EIN EUROPA FÜR ALLE

Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen ruft auf, am **19. Mai** in europäischen Großstädten gegen Nationalismus und Rassismus und für ein demokratisches, friedliches und solidarisches Europa auf die Straße zu gehen. Hintergrund ist die Europawahl am **26. Mai**, bei der Nationalist*innen und Rechtsextreme mit weit mehr Abgeordneten als bisher ins Europaparlament einziehen wollen.

Jede Stimme zählt, um den Rechtsruck zu verhindern. Am 26. Mai ist EU-Wahl

FOTO: SNAPSHOT-PHOTOGRAPHY/ K.M.KRAUSE

GEW-Haus | Ahornstraße 5 | 10787 Berlin (U-Bhf Nollendorfplatz)
Mo, Di, Do 9 bis 16 Uhr; Mi 9 bis 17 Uhr; Fr 9 bis 15 Uhr | Telefonsprechzeiten ab 10 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0